



**Tag der neuen Heimat in Düsseldorf:** Lebenswege im Fokus / [ab Seite 8](#)

**Jugendprojekt „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“** / [ab Seite 16](#)



**Jahresempfang des BdV in Berlin:** Festansprache und Austausch mit über 300 Gästen / [ab Seite 18](#)

**Beratungstag und Sechster Runder Tisch:** Hilfe für SED-Opfer im Fokus / [ab Seite 22](#)



## Editorial 1/2025



Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, dass Sie die erste Ausgabe des VAS-Journals im Kalenderjahr 2025 noch vor der Sommerpause in den Händen halten können. Auch diese Ausgabe enthält wieder umfassende Informationen zu der Arbeit des Landesbeirats, des Landesbeauftragten sowie der engagierten und vielseitigen Arbeit der Verbände und Institutionen.

Ein allgegenwärtiges Thema dieser Ausgabe ist der Begriff „Heimat“ und damit verbunden die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und Lebensbiographie. Das Highlight dieser Ausgabe ist die Berichterstattung über den „Tag der neuen Heimat“ 2024, der zum vierten Mal im Plenarsaal des Düsseldorfer Landtags stattgefunden hat, und mit über 200 geladenen Gästen außerordentlich gut besucht war.

Die Fotoausstellung „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“, die vor der offiziellen Eröffnung der Festveranstaltung in der Wandelhalle des Landtags präsentiert wurde, begeisterte die Gäste gleichermaßen wie der tiefgründige und durchaus auch emotionale Festvortrag der freien Journalistin Ira Peter. Ebenfalls begeistert waren die Gäste bei der im März 2025 vom Landesbeirat NRW durchgeführten Lesung aus ihrem Buch „Deutsch genug?“.

Eine weitere Besonderheit dieses Journals ist der Bericht über den ersten Beratungstag für Opfer des DDR-Regimes in Nordrhein-Westfalen, der unter meiner Schirmherrschaft als Landesbeauftragter stattgefunden hat und mit Hilfe von Mitarbeitenden des Büros des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt wurde. Ein Gastbeitrag von Evelyn Zupke, der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, gibt einen Einblick in ihre Arbeit und in die aktuellen Gesetzesänderungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Ergänzt wird dies alles u.a. durch einen umfassenden Bericht über den Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen in Berlin im April 2025 sowie Beiträge über die Aktivitäten der verschiedenen Veranstaltungen der Verbände, Vereine und Landsmannschaften.

Es grüßt Sie herzlich

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Heiko Hendriks'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Ihr Heiko Hendriks

*Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen*

## In dieser Ausgabe

- 2** Editorial/Inhaltsverzeichnis
- 4** Neu dabei im Landesbeirat
- 4** Vollversammlungen des Landesbeirats
- 5** Spätaussiedlerzahlen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit
- 6** 2025: Achtzig Jahre Flucht und Vertreibung
- 8** „Tag der neuen Heimat“ 2024: Lebenswege im Fokus
- 14** Lesung mit Ira Peter in Düsseldorf „Deutsch genug?“
- 16** Jugendprojekt „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“
- 18** Jahresempfang des BdV 2025 in Berlin
- 22** Erster Beratungstag für Opfer des DDR-Regimes in Nordrhein-Westfalen
- 24** Sechster Runder Tisch mit den SED-Opferverbänden
- 27** Zwei Buchempfehlungen DDR-Opfer
- 28** Gastbeitrag von Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag
- 32** 80. Jahrestag der Deportation: Würdige Gedenkfeier – Erinnerungsarbeit ohne Zeitzeugen
- 34** Ausstellung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen
- 36** Jahresabschlussveranstaltung 2024 der Pommerschen Landsmannschaft NRW
- 38** Buchvorstellung: Ostwind erzähle
- 39** Der Bund der Vertriebenen (BdV) in Nordrhein-Westfalen trauert um seinen Ehrenvorsitzenden
- 40** Chronik des Landesbeirats – Schwierige Rückkehr der Aussiedler
- 47** Infos VAS-online/Impressum

*Bildnachweise Cover: 1 – Harfenistin Marika Riedl am Tag der neuen Heimat 2024, Bildrechte leonielangenfotografie.de / 2 – Heiko Hendriks als Redner am Tag der neuen Heimat, Bildrechte leonielangenfotografie.de / 3 – Heiko Hendriks und Landtagspräsident André Kuper am Tag der neuen Heimat 2024, Bildrechte leonielangenfotografie.de / 4 – Tag der neuen Heimat 2024; Marika Riedl, Heiko Hendriks, Ira Peter, Sabine Grabowski, Bildrechte leonielangenfotografie.de / 5 – Ausstellung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, Bildrechte Heike Mai-Lehni / 6 – Heiko Hendriks und Evelyn Zupke beim 6. Runden Tisch SED-Opferverbände, Bildrechte Landesbeirat NRW / 7 – Interview mit Waldemar Hooge zur Ausstellung „Heimat“, Bildrechte Rebecca Gad / 8 – Bildrechte Landsmannschaft Pommern NRW*



Bildquelle: © Thomas Schmidt / Stadt Herne

## NEU DABEI IM LANDESBEIRAT

### MEIN NAME IST HEIDI HEIN-KIRCHER ...

... und ich bin seit dem 1. Oktober 2024 Direktorin der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne und zugleich Professorin für Deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa an der Ruhr-Universität Bochum. Zuvor war ich 21 Jahre am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft in Marburg tätig, darunter 15 Jahre als Abteilungsleitung mit dem Aufgabenbereich Forschung und Transfer. Ich habe in Düsseldorf Osteuropäische und Neuere Geschichte sowie Politikwissenschaft und Jiddisch studiert und bin dort 2000 promoviert worden. An der Philipps-Universität Marburg wurde ich 2018 habilitiert. Meine Schwerpunkte liegen in der polnischen und habsburgischen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, in der Stadt- und der Minderheitengeschichte. Derzeit leite ich u.a. ein Forschungsprojekt zur Geschichte der Landreformen im Baltikum des 20. Jahrhunderts.

Ich freue mich auf die herausfordernde Aufgabe, die Martin-Opitz-Bibliothek zu einem An-Institut der Ruhr-Universität Bochum zu entwickeln und hierdurch vor allem die Beschäftigung mit dem deutschen Kulturerbe im östlichen Europa und der Geschichte der Deutschen in verschiedenen Projekten zu fördern.

## Vollversammlungen des Landesbeirats

**Am 3. Dezember 2024 (im Ministerium für Kultur und Wissenschaft) sowie am 25. März 2025 (in der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus) fanden zwei weitere Sitzungen des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen statt.**

Themen der Sitzungen in Düsseldorf waren u.a. zwei Initiativen des Landesbeirats. Zum einen Anregungen des Landesbeirats für eine Veränderung der Lehrpläne im Fach Geschichte zu den Themen Vertreibung und Aussiedlung, die an die Schulministerin Dorothee Feller weitergeleitet wurden, zum anderen ein Appell an den Städtetag NRW, die Kommunen zu bitten, die Heimat-sammlungen der Vertriebenen weiterhin zu bewahren und zu pflegen. Des Weiteren referierte Dorothea Dietsch (Ministerium Kultur und Wissenschaft) über den Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“ sowie Britta Bollmann (Gruppenleiterin 52 im Ministerium für Kultur und Wissenschaft) über Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms Erasmus Plus. In beiden Sitzungen hat der Vorsitzende des Gremiums, Heiko Hendriks, zusätzlich ausführlich über seine Aktivitäten sowie über politische Entwicklungen berichtet.

Sitzung am 25. März 2025 in der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus. (Foto: Landesbeirat MKW)



## MEIN NAME IST JUDITH WONKE...

...und ich bin seit Anfang 2025 stellvertretendes Mitglied des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Landes NRW. Im Landesbeirat verrete ich gemeinsam mit Dr. Gabriele Uelsberg die Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen, in der ich als Wissenschaftliche Referentin des Präsidenten tätig bin.

Als Historikerin schätze ich es, dass ich mich in meiner Arbeit inhaltlich mit der Landesgeschichte auseinandersetzen und das Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen mit aufbauen kann. In der Stiftung bin ich Ansprechpartnerin für die beratenden Gremien sowie das Kuratorium und weiß daher, wie wichtig es ist, verschiedene Perspektiven anzuhören und einzubringen. Ich freue mich nun auf den Austausch und darauf, mich selbst in einem Gremium zu engagieren.



Bildquelle:  
© Haus der Geschichte

## SPÄTAUSSIEDLERZAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND BUNDESWEIT

In der Zeit von Juli bis Dezember 2024 sind in **Nordrhein-Westfalen** insgesamt 557 Menschen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen worden.

In der **Bundesrepublik Deutschland** wurden im Zeitraum Juli bis Dezember 2024 insgesamt 2.655 Personen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen. Von diesen 2.655 Personen waren 732 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG. 1.723 Personen sind gemäß § 7 BVFG als Ehegatten oder Abkömmlinge eines Spätaussiedlers und 200 Personen als Familienangehörige gemäß § 8 BVFG eingereist.



Quelle: Bezirksregierung Arnsberg, [https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/7a\\_Monatsstatistik.html?nn=152658](https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/7a_Monatsstatistik.html?nn=152658); Quelle Flaggenillustrationen: vectorflags.com

## Aufruf der Beauftragten der Länder für deutsche Heimatvertriebene und (Spät-)Aussiedler

# 2025: ACHTZIG JAHRE FLUCHT UND VERTREIBUNG

**Vor fast fünf Jahren**, im Frühjahr 2020, haben wir, die Beauftragten der Länder für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler, gemeinsam des 75. Jahrestages des Kriegsendes gedacht und dabei an die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten erinnert. Angesichts der seinerzeit grassierenden Corona-Pandemie war es leider nicht möglich, diesen Anlass so zu begehen, wie es ihm angemessen gewesen wäre. Umso wichtiger ist es, im kommenden Jahr 2025 das Schicksal der von Flucht, Vertreibung und Deportation Betroffenen zu würdigen, sich ihres Leidens zu erinnern und Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen.

Dabei dürfen wir nie vergessen, dass die Vertreibung und Deportation von vielen Millionen Deutschen und Angehöriger anderer Völker aus ihrer Heimat zum Anfang des zweiten Weltkrieges und nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vorgeschichte hatten: Schließlich war das nationalsozialistische Deutschland verantwortlich für einen, vor allem im östlichen Europa, mit äußerster Brutalität geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieg und den Völkermord an den europäischen Juden. Die Erinnerung daran und der Imperativ des „Nie wieder“ sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Gedenkkultur und nationalen Identität. Sie impliziert zugleich aber auch die Verantwortung und den Auftrag, sich stets für Frieden in Freiheit, für Demokratie und Menschenwürde einzusetzen und Krieg, Völkerhass und Vertreibungen zu bekämpfen.

Die Erinnerung an Flucht, Vertreibung vor achtzig Jahren und die bereits zeitlich davor vollzogene Deportation der Deutschen in Russland ist umso wichtiger, als Europa (und leider nicht nur Europa, denken wir z. B. an den Nahen Osten) heute wieder ein Kontinent ist, in dem Angriffskriege geführt, nationaler Hass geschürt und Menschen massakriert und vertrieben werden. Nach den vom Drang nach „ethnischer Säuberung“, nationalem und religiösem Hass befeuerten Kriegen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo in den neunziger Jahren sind es heute der russische Überfall auf die Ukraine mit seinen mittlerweile in die Hunderttausende gehenden Opfern und Millionen von Heimatvertriebenen, und die von der Weltöffentlichkeit weder zur Kenntnis genommene noch sanktionierte Vertreibung fast der gesamten armenischen Bevölkerung aus Berg-Karabach, die uns fassungslos machen.

Diese Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart belegen, welche Folgen es hat, wenn Vertreibung nicht geächtet, wenn ihre Geschichte nicht umfassend aufgearbeitet und im kollektiven Gedächtnis verankert wird. Das Jahr 2025 bietet nun die Chance, sich gemeinsam mit den noch lebenden Zeitzeugen der damaligen Ereignisse von Flucht, Vertreibung und Deportation zu erinnern. Wir gedenken der dabei und in Internierungs- und Arbeitslagern Getöteten, der Versehrten, der zur Zwangsarbeit Verschleppten und der unzähligen Vergewaltigungsopfer. Viele der von Gewaltexzessen, Not, Hunger, Kälte, Krankheiten und allgegenwärtiger Willkür Betroffenen blieben lebenslang traumatisiert, wobei gerade Frauen, Kinder, Alte und Kranke zu leiden hatten und haben. Diese Traumatisierung wirkt in Folgegenerationen nach. Wiewohl in ihrer neuen Heimat oft unwillkommen und diskriminiert, haben die Vertriebenen wesentlich zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg beigetragen. Aussiedler und Spätaussiedler trugen zur positiven Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere nach der Wiedervereinigung, bei. Besonders zu würdigen ist aber, dass die Vertriebenen schon wenige Jahre nach Kriegsende den Völkern des östlichen Europas die Hand zur Versöhnung gereicht haben. Trotz ihres schweren Verlusts haben sie sich als Brückenbauer um die Einheit und Zukunft Europas verdient gemacht und setzen sich vereint mit Aussiedlern und Spätaussiedlern in der Gegenwart und Zukunft weiterhin dafür ein.

**Berlin – Dresden – Düsseldorf – München – Wiesbaden,  
im Januar 2025**



**DR. JENS BAUMANN**

Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen



**WALTER GAUKS**

Ansprechperson für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene



**HEIKO HENDRIKS**

Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern



**ANDREAS HOFMEISTER MDL**

Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler



**DR. PETRA LOIBL MDL**

Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

„Tag der neuen Heimat“ 2024:

# Lebenswege im Fokus

Auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, und des Vorsitzenden des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Heiko Hendriks, wurde am 29. November 2024 im Plenarsaal des Düsseldorfer Landtags mit über 200 geladenen Gästen aus ganz Nordrhein-Westfalen der diesjährige „Tag der neuen Heimat“ gefeiert. Im Mittelpunkt stand der Festvortrag von Ira Peter, einer freien Journalistin mit russlanddeutschen Wurzeln, über ihren Lebensweg und ihr Lebensgefühl in Deutschland. Ergänzt wurde die Festveranstaltung durch eine Gesprächsrunde mit Dr. Sabine Grabowski und Vladimir Andrienko über die Fotoausstellung „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“.

Zum neunzehnten Mal fand nun der „Tag der neuen Heimat“ des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Landes Nordrhein-Westfalen statt – zum vierten Mal im Plenarsaal des Düsseldorfer Landtags.

Die diesjährige Festveranstaltung stieß auf großen Zuspruch und erreichte mit über 200 Gästen aus allen Generationen einen neuen Rekord. Zu den geladenen Gästen zählten nicht nur Mitglieder und ehemalige Mitglieder des Landesbeirats, sondern auch Mitglieder von Verbänden, Organisationen und Einrichtungen der Kulturpflege der Vertriebenen, Aussiedlerinnen und Aussiedler, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Abgeordnete der Fraktionen des Landtags. Besonders erfreulich war die Teilnahme von einigen Kindern.

Impressionen (Fotos: leonialangenfotografie.de)



### Präsentation der Fotoausstellung

Vor der offiziellen Eröffnung der Festveranstaltung wurde die Fotoausstellung „Heimat. Düsseldorf“ in der Wandelhalle des Landtags präsentiert. Dabei handelt es sich um das Ergebnis einer Kooperation zwischen der Historikerin Dr. Sabine Grabowski (Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus) und dem Fotografen Thomas Stelzmann. Gezeigt wurden 22 Exponate mit Interviews und Fotos von „NeuDüsseldorfern“ mit russischsprachigem Hintergrund, die zu ihrer Migrationsgeschichte und ihrem Verhältnis zu ihrer neuen Heimat Düsseldorf befragt und fotografiert wurden.

Die Fotoausstellung ist das Ergebnis eines Jugendprojekts unter der Leitung von Dr. Sabine Grabowski in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Jugendlichen, deren Familien einen Migrationshintergrund aus den russischsprachigen Regionen haben. Einen ausführlichen Artikel über das Projekt finden Sie auf den Seiten 16-17.



### Begrüßung des Landtagspräsidenten

Nach einer musikalischen Eröffnung begrüßte der Präsident des Landtags, André Kuper, die Gäste und hieß sie im Landtag von Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. In seiner Begrüßung ging er auf die Situation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern mit russlanddeutschen Wurzeln ein. „Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Situation vieler Aussiedlerinnen und Aussiedler mit russlanddeutschen Wurzeln nicht vereinfacht. Viele fühlen sich, als würden sie zwischen den Stühlen sitzen. Dabei sind sie fester Bestandteil unserer Geschichte und unserer Gesellschaft. Wir alle sind in der Verantwortung, für Verständigung in Europa, für Frieden und Demokratie einzutreten“, so Kuper wörtlich. →





Fotos: leonialangenfotografie.de

In seinen einführenden Worten machte der Vorsitzende des Landesbeirats, Heiko Hendriks, deutlich, dass jeder Lebensweg Besonderheiten aufweise. Die Kenntnis über die Geschichte des Anderen helfe, einander besser zu verstehen. „Der Begriff Heimat und dessen Bedeutung für jeden Einzelnen spielen dabei eine herausragende Rolle. Dies gilt nicht nur – aber insbesondere – für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Aus diesem Grund stellt der diesjährige Tag der neuen Heimat zu Recht die größte Gruppe, die Aussiedlerinnen und Aussiedler mit russlanddeutschen Wurzeln und ihre Lebenswege in den Mittelpunkt“, so Hendriks wörtlich.

### Festvortrag von Ira Peter

Den diesjährigen Festvortrag hielt Ira Peter, eine freie Journalistin, Medien- und Kulturschaffende mit russlanddeutschen Wurzeln. In ihrem Vortrag ging sie zunächst darauf ein, dass die Aufnahme von russlanddeutschen Aussiedlerinnen und Aussiedlern „die erste komplett gesteuerte und gewollte, dauerhafte Zuwanderung in die Bundesrepublik [war]. Die Politikerinnen und Politiker dieser Zeit, in erster Linie Helmut Kohl, [...] hatten sich einer historischen Verantwortung gestellt und sich mit den Russlanddeutschen gleichzeitig eine in die Zukunft gerichtete Verpflichtung ins Land geholt. Diese haben sie aber nicht

vollständig erfüllt. Hinter dem sozioökonomischen Erfolg der Generation meiner Eltern verbirgt sich leider auch eine große Chancenungleichheit. Die Integrationsdefizite – wie Sprachbarrieren, kaum Zugang zu qualifizierten Berufen oder wenig politische Teilhabe – welche zum Teil auf die Rahmenbedingungen zurückzuführen sind, blieben lange ungesehen.“

Ira Peter setzt sich in diesem Kontext auch kritisch mit den Medien auseinander. „Bis heute geraten wir wegen tendenziöser Beiträge regelmäßig unter Generalverdacht, diesem Land gegenüber illoyal zu sein, weil wir angeblich ‚zwischen allen Stühlen‘ sitzen.“ Dies würde bei Russlanddeutschen zu einem Vertrauensverlust gegenüber deutschen Medien und einem weiteren Rückzug in russischsprachige Angebote führen. Ein Großteil der Befragten mit Postost-Hintergrund kritisierte 2023 in einer Studie des WDR, dass sie in deutschen Medien kaum in Verbindung mit einer Wertschätzung ihrer Integrationsleistungen thematisiert werden, sondern vorrangig in problematischen Zusammenhängen.

Das würde auch sie selbst frustrieren. „Ich habe keine Lust mehr, öffentlich fast ausnahmslos einer ‚Problemgruppe‘ zugeschrieben zu werden, die sich zwischen Russland und Deutschland zerrissen zu fühlen habe, zwischen Kulturen oder multiplen Identitäten. Einige von uns ringen zwar noch immer





„Ich habe keine Lust mehr,  
öffentlich fast ausnahmslos  
einer ‚Problemgruppe‘  
zugeschrieben zu werden.“

IRA PETER



Foto: Arthur Bauer

mit der Ambivalenz zwischen deutscher Herkunft, sowjetischer Prägung und einer bundesdeutschen Biografie. Doch ist es nicht normal, dass sich eine Identität aus unterschiedlichen kulturellen und lebensgeschichtlichen Aspekten zusammensetzt? Das ändert nichts daran, dass für die meisten Russlanddeutschen Deutschland zu ihrem Zuhause geworden ist. Meine Eltern werden bis zu ihrem letzten Atemzug dankbar bleiben, in Deutschland aufgenommen worden zu sein, selbst wenn sie für immer Paralleldeutsche bleiben sollten“, erzählt Peter.

Der bewegende Festvortrag von Ira Peter, der viele persönliche Erfahrungen und Kindheitserinnerungen als „Aussiedlermädchen“ in Deutschland enthielt, sprach vielen Gästen aus der Seele und stieß auf positive Resonanz. Auch wenn nicht alle anwesenden Gäste einen russlanddeutschen Hintergrund hatten, so teilen jedoch alle Vertriebenen, Aussiedlerinnen, Aussiedler, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler die prägende emotionale Erfahrung des Heimatverlustes und Neuanfangs in Deutschland. →

## IRA PETER

... 1983 in der Sowjetrepublik Kasachstan geboren und seit 1992 in Deutschland lebend, arbeitet als freie Journalistin unter anderem für Zeit online, taz, FAZ, Frankfurter Rundschau und SWR Radio. Seit 2017 setzt sie sich öffentlich – in journalistischen Beiträgen, sozialen Medien, kulturellen Projekten in Deutschland und der Ukraine, im Aussiedler-Podcast Steppen-kinder und als Rednerin bei Veranstaltungen – mit russlanddeutschen Themen auseinander. 2021 lebte sie im Rahmen eines Stadtschreiber-Stipendiums des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Odessa. Für ihren Blog, den sie dort unter anderem über Deutsche im Schwarzmeerraum führte, wurde sie 2022 mit dem Goldenen Blogger Award ausgezeichnet. Im März 2025 erschien ihr Buch „Deutsch genug?“ (Goldmann Verlag) über die Geschichte der Russlanddeutschen in der Sowjetunion und ihrer Integration in Deutschland.

Foto: Arthur Bauer

## Gesprächsrunde

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Gesprächsrunde unter der Moderation von Heiko Hendriks mit dem Sozialpädagogen und Stand-Up-Comedian Vladimir Andrienko, der auch im Rahmen der Fotoausstellung „Heimat. Düsseldorf“ porträtiert wird, sowie Dr. Sabine Grabowski. Die Historikerin erklärt im Gespräch ihre Motivation für das Jugendprojekt und die daraus resultierende Fotoausstellung. Grabowski berichtet, dass es zwar viele Zeitzeugenberichte über Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkriegs gäbe, aber bislang deutlich weniger Erinnerungen von den verschiedenen Gruppen der Spätaussiedlerinnen, Spätaussiedler, Migrantinnen und Migranten aus dem östlichen Europa zusammengetragen wurden.

Aufgrund der Tatsache, dass allein in Düsseldorf nach statistischen Angaben rund 8.000 Menschen mit einem Migrationshintergrund aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben, gehören sie zum Stadtbild Düsseldorfs. Mit dem Projekt sollen Lebensgeschichten von Menschen gesammelt werden, die in Düsseldorf eine neue Heimat gefunden haben.



Vladimir Andrienko, der 1979 in Nordkasachstan geboren wurde und 2002 nach Deutschland kam, machte deutlich, wie schwer der Anfang hier in Düsseldorf für ihn war. Im Interview für das Projekt berichtet er: „Die ersten drei Jahre hier waren mit viel Frustration verbunden. Mein Diplom wurde nicht anerkannt. Irgendwie entstand der Eindruck ‚Du bist hier nicht gewünscht, du störst uns‘. Obwohl wir immer eine deutsche Familie waren, galten wir jetzt als Russen. Dann habe ich die riesige russischsprachige Community hier entdeckt und mit Stand-Up-Comedy begonnen. Damit konnte ich Frustration abbauen, und seit 2014 mache ich das auf Deutsch. Biologisch gesehen bin ich ein Deutscher, aber kulturell bin ich ein Russe, denn meine Bildung hat in russischer Sprache stattgefunden, sie ist meine Grundlage. Aber meine seelische Heimat ist Düsseldorf.“

## Musikalische Begleitung

Musikalisch begleitet wurde das Programm durch die Harfenistin Marika Cecilia Riedl, Förderpreisträgerin in der Sparte Musik der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

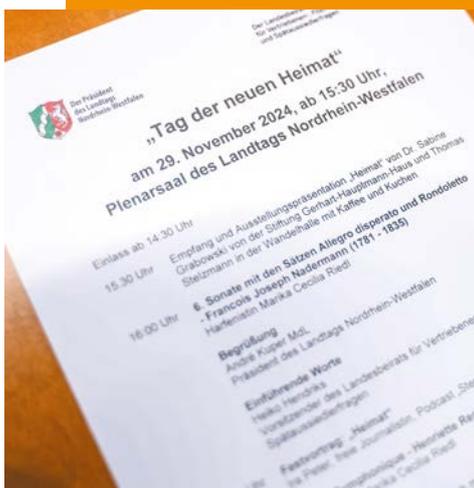


**Links (v.l.n.r.):** Heiko Hendriks, Harfenistin Marika Cecilia Riedl, Ira Peter, Dr. Sabine Grabowski, André Kuper und Vladimir Andrienko

**Unten rechts:** Gesprächsrunde (v.l.n.r.): Dr. Sabine Grabowski, Heiko Hendriks und Vladimir Andrienko

**Unten links:** Programm

Fotos: leoniengelenografie.de





## DR. SABINE GRABOWSKI

... wurde 1965 in Düsseldorf geboren und studierte Osteuropäische Geschichte, Neuere Geschichte und Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, an der sie 1997 promovierte. Es folgten zahlreiche Lehr- und Forschungstätigkeiten an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, der Bergischen Universität Wuppertal, der Karls-Universität Prag (Tschechien) und der Universität Plovdiv (Bulgarien). Seit 2014 ist Dr. Grabowski Mitarbeiterin der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Düsseldorf. Im Rahmen ihrer Arbeit wurde Dr. Grabowski mehrfach ausgezeichnet, z.B. für das deutsch-polnische Kooperationsprojekt „Verlorene Dörfer in Masuren“. Dr. Grabowski ist Preisträgerin des Richeza-Preises des Landes Nordrhein-Westfalen 2018/19 für herausragende Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung sowie für das Projekt „Märchen, Bajki, Kazki“ (2022/23) und des NRW-Wettbewerbs „Europa bei uns zuhause 2023“ mit dem Projekt „Europa-Picknick“.

Quelle: [www.g-h-h.de/im-ghh/im-ghh/mitarbeiter](http://www.g-h-h.de/im-ghh/im-ghh/mitarbeiter)  
Foto: Thomas Stelzmann



## VLADIMIR ANDRIENKO

... wurde 1979 in Bestobe, Nordkasachstan, geboren und lebt seit 2002 in Düsseldorf. Er hatte in Astana Geschichte studiert, arbeitete an seiner Promotion und war frisch verliebt, als seine Großfamilie beschloss, nach Deutschland auszureisen. Die ersten drei Jahre in Deutschland waren nicht einfach. Doch irgendwann entdeckte Andrienko die russischsprachige Community und begann mit Stand-Up Comedy. Seit 2014 ist er als Stand-Up Comedian auch auf unterschiedlichen deutschen Comedy-Bühnen unterwegs. Als diplomierter Geschichtslehrer und Sozialpädagoge arbeitet er heute außerdem als Sozialpädagoge in einer gemeinnützigen Organisation in Düsseldorf.

Broschüre der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“

## STEPPEKINDER. DER AUSSIEDLER PODCAST

Aufgewachsen in einem sozialistischen System, Auswanderung und Neuanfang – solche und viele andere Erfahrungen einen Aussiedlerinnen und Aussiedler aus postsozialistischen Staaten, die heute in Deutschland leben. Der neue Podcast „Steppen Kinder“ will das Spezifische der Russlanddeutschen als eine Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler sichtbar machen. Gleichzeitig geht es den Machern Ira Peter und Edwin Warkentin darum, einer breiten Öffentlichkeit Wissen zu universellen Themen wie Identität, Erinnerungskultur, Migrations- oder Integrationserfahrung zu vermitteln. Dafür sprechen sie mit Interviewgästen aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft.



Ira Peter ist Medien- und Kulturschaffende, Edwin Warkentin Kulturreferent für Russlanddeutsche. Sie gehören zur „mitgebrachten Generation“ der Russlanddeutschen, die im Kindes- und Jugendalter mit ihren Familien aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland einwanderten. Weil beide zudem wie ein Großteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und -Aussiedler aus der kasachischen Steppe stammen, nennen sie ihren Podcast „Steppen Kinder“. Alle zwei Wochen gibt es eine neue Folge. Der Podcast ist hier sowie über gängige Anbieter wie Spotify und iTunes kostenfrei verfügbar.

Quelle: [www.russlanddeutsche.de/kulturreferat/projekte/steppen kinder.html](http://www.russlanddeutsche.de/kulturreferat/projekte/steppen kinder.html)

## Lesung mit Ira Peter in Düsseldorf

# „Deutsch genug?“

**Am 25. März 2025 fand auf Einladung des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen und der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf eine Lesung mit der Autorin Ira Peter aus ihrem Buch „Deutsch genug?“ in Düsseldorf statt. Im Anschluss an die Lesung hatten die zahlreichen Gäste die Gelegenheit, mit der Autorin mit russlanddeutschen Wurzeln ins Gespräch zu kommen und Fragen zum Buch und ihrem Lebensweg zu stellen.**

**B**ei einem Empfang mit Imbiss hatten die ca. 80 Gäste die erste Gelegenheit, mit Ira Peter ins Gespräch zu kommen und sich im Vorfeld auch untereinander über ihre Lebensbiografien auszutauschen. Viele der Anwesenden waren, wie die Autorin selbst, (Spät)Aussiedlerinnen und Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion oder andere deutsche Heimatvertriebene. Besonders erfreulich war der hohe Anteil junger Menschen, die sich für die Lesung und ihre Thematik interessiert haben.

Edgar L. Born, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf, eröffnete die Lesung und begrüßte die zahlreichen Gäste und die Autorin.

Anschließend las Ira Peter unter der Moderation und im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Heiko Hendriks, aus ihrem Buch „Deutsch genug?“ vor und gewährte damit auch Einblicke in ihr eigenes Leben. Die Autorin siedelte als Neunjähri-ge 1992 mit ihrer Familie aus Kasachstan nach Deutschland aus.

Im Mittelpunkt der Lesung standen verschiedene Passagen aus ihrem im März 2025 erschienenen Buch. Die Autorin erzählte zu Beginn auch über ihren emotionalen Schreibprozess. Das Schreiben des Buches habe bei ihr viel aufgewühlt und sie habe auch weinen müssen, als sie über ihre eigene Familie und das Schicksal ihrer deutschen Vorfahren in der ehem. Sowjetunion recherchierte.

In ihrem Buch beschreibt Ira Peter mit feinem Humor anhand ihrer eigenen Biografie eigene Erfahrungen und Erlebnisse der Deutschen in Kasachstan und das Ankommen in ihrem neuen Leben in Deutschland. Feinfühlig erläutert die Autorin auch ihre eigene – als Kind empfundene – Scham über ihre Herkunft, geht auf die aus ihrer Sicht fatalen Folgen zu kurz gedachter Integrationspolitik ein und thematisiert kritisch die Stereotypen und Klischees, mit denen Russlanddeutsche insbesondere in Bezug auf ihr Wahlverhalten oftmals bezeichnet werden. Außerdem lädt Ira Peter die Leserschaft ein, stolz auf ihre eigene Herkunft zu sein und offener über die eigene Biografie zu sprechen, um Vorurteilen durch Nichtwissen entgegenzuwirken.



Ira Peter signiert ihr Buch.



© Alle Fotos Landesbeirat NRW

Viele der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer stießen immer wieder auf Parallelen zu ihrem eigenen Leben. Dies wurde insbesondere in den Fragen und Beiträgen im Rahmen der anschließenden Diskussion deutlich.

Der Moderator und Vorsitzende des Landesbeirats, Heiko Hendriks, bedankte sich bei Ira Peter für ihre Offenheit und das Teilen ihrer persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen.

„Es ist außerordentlich wichtig, dass Ira Peter (Spät-)Ausiedlerinnen und Aussiedlern mit ihrem Buch „Deutsch genug?“ eine Stimme gibt und diese Gruppe in den Fokus der Öffentlichkeit bringt. Damit trägt sie zu einem besseren Verständnis und Miteinander bei“, schloss Heiko Hendriks die Lesung ab.

Im Anschluss hatten die Gäste Gelegenheit, das Buch zu erwerben und von der Autorin signieren zu lassen. Es entstanden noch viele anregende und auch durchaus emotionale Gespräche zwischen der Autorin und den Gästen.



Ira Peter (links) im Gespräch mit Eleonora Faust, Vorsitzende der Landmannschaft der Deutschen aus Russland, Landesgruppe NRW.



Heiko Hendriks im Gespräch mit Ira Peter.

# Jugendprojekt „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“



In der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf leben rund 650.000 Menschen, von denen nach statistischen Angaben ca. 8.000 Menschen (Stand 2021) einen Migrationshintergrund aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion haben. Was hat diese Menschen, die aus Sibirien, Kasachstan, Zentralrussland oder der Ukraine stammen, bewogen, ihren Lebensmittelpunkt nach Düsseldorf zu verlegen?

Dieser Frage ist Dr. Sabine Grabowski von der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus mit einer Gruppe von Jugendlichen, deren Familien selbst einen Migrationshintergrund aus den russischsprachigen Regionen haben, im Rahmen des Projekts „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“ nachgegangen.

**Z**eitzeugenberichte über Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkriegs existieren bereits in umfangreicher Zahl. Deutlich weniger wurden dagegen bislang Erinnerungen von den verschiedenen Gruppen der (Spät-)Aussiedlerinnen, (Spät-)Aussiedler, Migrantinnen und Migranten aus dem östlichen Europa zusammengetragen. Diese Personengruppen, die vor allem in den 1970er- bis 1990er-Jahren in die Bundesrepublik zuwanderten, sind in einem Alter, das Befragungen – noch – gut möglich macht“, berichtet Dr. Sabine Grabowski.

In Interviews wurden verschiedene Menschen befragt, woher sie kommen, warum sie ihre alte Heimat verlassen haben und wie sie sich nun in der neuen Heimat Düsseldorf fühlen. Dabei haben die Projektverantwortliche sehr

interessante Menschen kennengelernt, die ihre spannenden Lebenswege ins Rheinland geschildert und ihnen Einblicke in ihr Schicksal gewährt haben.

Mit diesem Jugendprojekt sollten Lebensgeschichten von Menschen gesammelt werden, die in Düsseldorf eine neue Heimat gefunden haben und aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion stammen, somit auch einen russischsprachigen Hintergrund haben. Hierzu zählen Russlanddeutsche, aber auch Kontingentflüchtlinge und andere russischsprachige Migrantinnen und Migranten. Ausgehend von der Gemeinsamkeit des jetzigen Wohnortes haben die Jugendlichen in der eigenen Familie – und damit mit der Sprachkompetenz in Deutsch und Russisch – Zeitzeugen im Alter ihrer Eltern und Großeltern nach den

Fotograf Thomas Stelzmann beim Fotoshooting mit Zarina  
(Foto: Dr. Sabine Grabowski)



Motiven und Erfahrungen ihrer Migration befragen. Die Interviews wurden filmisch dokumentiert, um ihre Auswertung zu erleichtern und die Lebensgeschichten zu sichern.

Beeindruckt haben die Projektverantwortlichen die beruflichen Qualifikationen und die Liebe zu Literatur und Kunst, die allen ihrer Gesprächspartnerinnen und -partner gemeinsam sind. Alle sind stolz auf ihre Ausbildung und schwelgen in liebevollen Erinnerungen an Schulfeste, Theateraufführungen und eine Kindheit in atemberaubend schönen Landschaften.

Faszinierend waren die vielfältigen Gründe der Gesprächspartner für Ihre Ausreise. Manche waren ganz praktischer Natur, andere eher tragisch. Die Entscheidung, das Heimatland zu verlassen, fiel jedoch keinem leicht und war häufig das Ergebnis langer familiärer Diskussionen.

Für viele gestaltete sich der Neubeginn in Deutschland als schwierig. Abschlüsse und berufliche Erfahrung wurden oftmals nicht anerkannt und es mussten oft neue Berufswege beschritten werden, die häufig nicht auf dem gleichen fachlichen Niveau lagen. Das nagte bei vielen am Selbstbewusstsein. Umso beeindruckender sind die beruflichen und persönlichen Errungenschaften, die sich diese Menschen in ihrer neuen Heimat am Rhein erarbeitet haben.

In den Porträts wird der Geburtsort, die geographische Region und das Land, aus dem die Gesprächspartnerinnen und -partner gekommen sind, genannt. Ortsnamen und Staatszugehörigkeiten haben seitdem oftmals gewechselt – die Entfernungen zwischen der alten und der neuen Heimat sind jedoch geblieben.

Im Rahmen der Interviews haben die Gesprächspartnerinnen und -partner ihren ganz persönlichen Blick auf ihr jetziges Zuhause Düsseldorf geschildert. Alle sind von der

Stadt begeistert, leben gern hier und haben ihre jeweiligen Lieblingsplätze in der rheinischen Metropole.

Alle Gesprächspartnerinnen und -partner wurden gebeten, einen Ort in der Stadt zu zeigen, der für sie persönlich eine besondere Bedeutung hat. Der Düsseldorfer Fotograf Thomas Stelzmann hat sie dort fotografiert.

Die so entstandene Ausstellung zeigt nun 22 Porträts von Menschen mit russischsprachigem Hintergrund, mit Zitaten und Texten, die aus den geführten Interviews resultieren. Sie visualisiert die Herkunft der Befragten sowie ihren besonderen Ort in Düsseldorf und lässt sie vor allem selbst zu Wort kommen.

Das Projekt bietet einen differenzierten Blick auf die Geschichte russischsprachiger Migrantinnen und Migranten, informiert über das besondere Schicksal der Deutschen aus Russland, aber auch der Kontingentflüchtlinge und der Migrantinnen und Migranten aus anderen Beweggründen und möchte vor allem die Rolle dieser Personengruppen in Düsseldorf empathisch vermitteln.

Die Fotoausstellung, die als Wanderausstellung konzipiert ist, wurde erstmalig auf dem „Tag der neuen Heimat“ 2024 am 29. November in der Wandelhalle des Landtags einem breiten Publikum präsentiert und stieß auf großen Zuspruch.

Die Ausstellung wird vom 1. Oktober bis zum 14. November 2025 in der Düsseldorfer Zentralbibliothek, Konrad-Adenauer-Platz 1 (Kap1), der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Inhalte des Artikels stammen aus der gleichnamigen Broschüre der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus „HEIMAT. DÜSSELDORF – Lebenswege in Kyrillisch“ (2024)

Alexa und Gerda beim Interview mit Waldemar Hooge (Foto: Rebecca Gad)



Die Geburtsorte der Gesprächspartner mit den zu dieser Zeit geltenden Ortsnamen (Quelle: stepmap.de)



Waldemar Hooge und Heiko Hendriks vor seinem Porträt



Erfolgreicher Jahresempfang 2025  
des Bundes der Vertriebenen in Berlin

# Würdigung der Arbeit des BdV – Erwartungen an die neue Bundesregierung

Als Redner beim traditionellen Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen (BdV), der am 8. April 2025 in Berlin stattfand, sprechen regelmäßig nur Persönlichkeiten, die sich über die Belange einzelner Landsmannschaften hinaus für die Interessen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimatgebieten einsetzen. Mit einem Augenzwinkern hob BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius in seiner herzlichen Begrüßung der diesjährigen Festrednerin Ulrike Scharf MdL, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, genau auf diesen Umstand ab. Die stellvertretende bayerische Ministerpräsidentin sei zwar offiziell „Schirmherrschaftsministerin der Sudetendeutschen“, vertrete aber mit großem Engagement die Anliegen „aller Vertriebenen und Spätaussiedler in Bayern“.

Ebenfalls herzlich begrüßte Fabritius die amtierende Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser MdB, die als zuständige Ministerin ein Grußwort der Bundesregierung überbrachte. Ihre Teilnahme würdigte die verständigungspolitische Arbeit des BdV, die „seit Jahrzehnten aus Überzeugung“ im Sinne der Charta der deutschen Heimatvertriebenen geleistet werde.

## Schlussstrich-Debatte beschämend

Im Verlauf seiner Begrüßungsansprache kritisierte Fabritius deutlich den gerade im 80. Jahr nach Kriegsende von manchen politischen Kräften öffentlich geforderten „Schlussstrich“ unter das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg sowie die Shoah und das Nazi-Regime. Schon die Debatte darüber sei „für unser Land zutiefst beschämend“. Eine solche Haltung würde auch die Erinnerung an „die Fortsetzung der Katastrophe“ – an Flucht und Vertreibung der rund 15 Millionen Deutschen aus ihren Heimatgebieten



Staatsministerin Ulrike Scharf bei der Festrede.

Innenministerin Nancy Faeser bei ihrem Grußwort.



*BdV Präsident Dr.  
Bernd Fabritius  
bei der Eröffnung.*

in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa zum Kriegsende und in den Jahren danach – aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängen.

„Es sind all diese Menschen, ihre Kinder und Kindeskinde, denen wir als Verband, aber auch als Gesamtgesellschaft verpflichtet sind“, stellte der BdV-Präsident klar. Dabei gab er zu bedenken, dass die Vertriebenen die einzige Opfergruppe des Zweiten Weltkrieges sei, „die sich zum Teil bis heute noch – hauptsächlich im Inland – für ihren Status als Opfergruppe rechtfertigen“ müsse.

Dabei hätten die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände als erste eingefordert, dass ihre Geschichte gemeinsam mit der Opferperspektive anderer Vertriebenen erzählt werde. Punktuelle Schwerpunktsetzungen in der deutschen Gedenkstätten- und Erinnerungsarchitektur genau auf diesen Teil der Geschichte dürften nun aber nicht wieder „wegkontextualisiert“ werden.

### **Erwartungen an die neue Bundesregierung**

An die neue Bundesregierung richtet der BdV die klare Erwartung, dass die immer wieder

vorgebrachte Kritik des Verbands in verschiedenen Politikbereichen endlich zu neuen Weichenstellungen führe. Insbesondere in der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) sei es nötig, dass „die seit Jahrzehnten innerhalb der gesellschaftlichen Gruppe gewachsene Expertise nicht erneut ausgeblendet bleibt“, so Fabritius. Es gelte der klare gesetzliche Auftrag, das Kulturgut der Vertriebungsgebiete verstärkt im Bewusstsein der Heimatvertriebenen, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten und die lebendige Kulturarbeit weiterzuentwickeln.

Weiterhin erinnerte der BdV-Präsident erneut daran, dass es im Bereich der sozialen Sicherung eine personenkreisspezifische Benachteiligung von Aussiedlern und Spätaussiedlern im Rentenrecht gibt. Zur Beseitigung habe der BdV seit langem eine Reform des Fremdrentengesetzes gefordert.

Mit Blick auf die heimatverbliebenen Landsleute betonte Fabritius, dass an der Einstandspflicht Deutschlands für die Spätwirkungen des Kriegsfolgeschicksals festgehalten werden müsse. „Das betrifft die Wiederaufnahme der Spätaussiedler in ihrer Ursprungsheimat, wie



NRW-Beauftragter Heiko Hendriks (li.) im Gespräch mit seinem Berliner Kollegen Walter Gauks und dem st. Bundesvorsitzenden der Union der Vertriebenen und Aussiedler, Heiko Schmelzle, sowie mit Dr. Ernst Gierlich und Thomas Konhäuser von der Kulturstiftung der Vertriebenen.

auch die Unterstützung der Heimatverbliebenen, also der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten gleichermaßen.“

#### „Erinnern – Bewahren – Gestalten“

Zum Ende seiner Rede ging der BdV-Präsident nochmals auf das Leitwort des Jahres 2025 ein. Mit dem Dreiklang „Erinnern – Bewahren – Gestalten“ gebe dieses einen guten Leitfaden vor, wie Deutschland mit der Thematik rund um die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler umgehen solle: „Erst durch Erinnern übernimmt die Gesamtgesellschaft Verantwortung für das kollektive Schicksal der Millionen von Betroffenen. [...] Mit Empathie daran zu erinnern, dass unsere Landsleute ihre Heimat [...] verloren haben, muss endlich zur gesamtdeutschen DNA gehören!“ Mit „Bewahren“ werde der Fokus auf die Geschichte und das kulturelle Erbe gelenkt – auf das, „was uns von den ehemaligen deutschen Provinzen und den Siedlungsgebieten der deutschen Heimatvertriebenen geblieben ist“. „Das alles müssen wir letztlich gestalten!“, erklärte der BdV-Präsident als Auftrag für die Zukunft.

#### Würdigung des Engagements des BdV

Auch Innenministerin Faeser erinnerte in ihrem Grußwort an den 80. Jahrestag des Kriegsendes und das 75. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Die zentralen

Fragen der damaligen Zeit seien auch Fragen der heutigen Zeit: „Wie schaffen wir ein geeintes Europa? Was braucht dauerhafter Frieden? Wie können wir trotz der Verwerfungen wieder zueinander finden?“

Damals gab die Charta „ein leuchtendes Beispiel der Menschlichkeit“ vor. „Sich vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen aufzumachen und Völkerverständigung und Aussöhnung in den Mittelpunkt des eigenen Tuns zu stellen, verdient allerhöchsten Respekt. Ihnen allen hier gilt mein tief empfundener Dank dafür, dass Sie die Grundsätze der Charta bis heute mit Leben füllen“, so die Ministerin.

#### „Wehret den Anfängen“

Die hohe Aktualität der Themen Flucht und Vertreibung sowie deren Ursachen stand auch bei Staatsministerin Ulrike Scharf am Beginn ihrer Festansprache; unter anderem sei durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine der Krieg nach Europa zurückgekommen. Auch Nationalismus und antieuropäische Tendenzen bedrohten das „Lebenswerk“ der Heimatvertriebenen: ein freies und friedliches Europa.

Scharf richtete daher einen direkten Appell an die anwesenden, zum Teil noch der Erlebnisgeneration angehörenden Gäste: „Wir geben Hass und Hetze, wir geben Nationalismus und menschenverachtender Propaganda keinen

Millimeter Raum in Deutschland. Keinen Millimeter!“ Und „Wehret den Anfängen!“ sei auch eine Lehre aus dem Leid von Flucht und Vertreibung.

### Zukunft braucht Herkunft

Die Staatsministerin dankte dem BdV für seinen großen verständigungspolitischen Einsatz, seine „Zukunftsarbeit“ und den Vertriebenen insgesamt für ihre Lebensleistung und ihr Friedenswerk, indem sie auf Rache verzichtet und die Hand zur Versöhnung gereicht hätten. „Die Leistungen der Heimatvertriebenen für Frieden und Freundschaft und Völkerverständigung gehören zum Kernbestand der Erfolgsgeschichte Deutschlands. Wir stehen auf den Schultern der Aufbaugeneration und sie alle hier reichen die Fackel weiter an die junge Generation“, so Scharf. Gerade auch Bayern habe den Vertriebenen sehr viel zu verdanken.

Bei ihren Besuchen in Osteuropa habe sie selbst erleben können, wie aus Feindschaft Freundschaft geworden sei. Mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen hätten die Betroffenen angesichts der traumatischen Vertreibungen und im Angesicht des Verlusts von Heimat und Besitz eine enorme Größe gezeigt. Dies sei bereits ein Mitbauen an einer neuen europäischen Idee gewesen, als das „gemeinsame Haus Europa“ noch eine ferne Vision war.“

Heute sei dieses Erbe wieder in Gefahr, von

linker wie rechter Seite des politischen Spektrums. Dokumentierte Verbrechen, Terror, Vertreibung und Deportation, sogar von Kindern, würden geleugnet. Dabei finde eine gefährliche Täter-Opfer-Umkehr neben altem Freund-Feind-Denken statt, zusätzlich noch gepaart mit Verschwörungsmäthen. Deshalb sei gerade jetzt Erinnern so nötig, um aus der Geschichte zu lernen. Es gelte, gegen diese Tendenzen zusammenzustehen und im Schulterschluss mit den europäischen Nachbarn in die Zukunft zu gehen.

Der BdV als Brückenbauer beziehe dazu deutlich und hörbar Position. Staatsministerin Scharf dankte dem BdV für dessen unermüdlischen Einsatz.

Zum Abschluss ihrer Ansprache dankte die Staatsministerin nochmals allen Landsleuten und attestierte den deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern: „Sie sind wahre Patrioten. [...] Sie wissen um den Wert von Heimat. [...] Bleiben Sie Brückenbauer für eine gute Zukunft – in Bayern, in Deutschland und in Europa!“

Wie in jedem Jahr war der Jahresempfang erneut eine willkommene Gelegenheit für einen zwanglosen Austausch zwischen Vertretern aus Politik, Diplomatie, Kirchen, Wissenschaft, Kultur und Verbänden.

*Gekürzte Fassung der Pressemitteilung des BdV.*



*Die Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler aus Bund und Ländern gemeinsam mit der Innenministerin und dem BdV-Präsidenten beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen 2025: Andreas Hofmeister MdL, Heiko Hendriks, Nancy Faeser MdB, Natalie Pawlik MdB, Dr. Jens Baumann, Walter Gauks und Dr. Bernd Fabritius (v.l.)*

Fotos: BdV/Bundesfoto

# ERSTER BERATUNGSTAG FÜR OPFER DES DDR-REGIMES IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Am 15. November 2024 fand unter der Schirmherrschaft des Beauftragten der Landesregierung NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, der erste offene Beratungstag in Nordrhein-Westfalen für Opfer der zweiten deutschen Diktatur statt. Zusätzlich wurde eine Bürgersprechstunde von der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, angeboten.

**A**uch 35 Jahre nach dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung leben in Nordrhein-Westfalen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes, die bis heute an den Folgen des erlebten Unrechts leiden. In seiner Funktion als Beauftragter kümmert sich Heiko Hendriks auch um die Anliegen der DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedler und Flüchtlinge, die vor dem Mauerfall nach NRW gekommen sind.

Um möglichst viele Betroffene ortsnahe über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, fand im Gerhart-Hauptmann Haus in Düsseldorf eine kostenlose und vertrauliche Beratung von Opfern der Diktatur in der DDR statt.

## Beratungsangebot

Das niedrigschwellige Beratungsangebot wurde durch zwei Mitarbeitende des Büros des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt und richtete sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, sowie an Personen, die sich grundsätzlich über



Werbeplakat für den ersten Beratungstag für Opfer des DDR-Regimes mit anschließender Sprechstunde mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke.

Hilfeleistungen für sich selbst oder Angehörige erstmals informieren wollten. Zusätzlich bot die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, eine Bürgersprechstunde an.

„Ohne die Unterstützung des Berliner Teams hätten wir diesen Beratungstag nicht erstmalig in NRW durchführen können. Dafür herzlichen Dank!“, machte Heiko Hendriks deutlich.

Die Berater berichteten im Anschluss, dass einige Betroffene aus Nordrhein-Westfalen, die sie bereits seit Jahren durch das Büro der Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur telefonisch beraten, extra angeeignet seien, um das persönliche Beratungsangebot in Düsseldorf vor Ort in Anspruch zu nehmen. Aber auch bisher nicht bekannte Betroffene nutzten das Angebot der Beratung bzw. der offenen Bürgersprechstunde mit der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke.

Der Beratungstag wurde Wochen zuvor intensiv breit beworben, um möglichst viele Betroffene auf das Angebot aufmerksam zu machen.

## Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



**Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist seit März 2023 Frank Ebert. Er wurde vom Berliner Abgeordnetenhaus für fünf Jahre gewählt und ist fachlich unabhängig. Ebert war in der DDR-Opposition aktiv und engagiert sich seither für die Aufklärung über die SED-Diktatur.**

© picture alliance  
/ dpa / Hannes P.  
Albert

Der Aufarbeitungsbeauftragte hat drei Kernaufgaben:

- » die Beratung von Opfern der SED-Diktatur und von öffentlichen Stellen
- » die Förderung von Projekten zur Aufklärung über die Diktatur in der DDR
- » eigene politisch-historische Bildungsangebote für die Öffentlichkeit

Frank Ebert ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger z. B. bei Verfahren zur Rehabilitation und Entschädigung politischer Haft, bei Anträgen auf Opferrente oder bei der Einsicht in Stasi-Unterlagen. Zusätzlich berät er Ämter und Behörden bei Fragen zur DDR-Geschichte und unterstützt das Stasi-Unterlagen-Archiv.

Darüber hinaus fördert er auf vielfältige Weise die Arbeit von Vereinen und Initiativen, die sich mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen sowie der Beratung von Opfern befassen. Mit eigenen Angeboten informiert der Aufarbeitungsbeauftragte die Öffentlichkeit, zum Beispiel in Veranstaltungen, Publikationen, Vorträgen, Ausstellungen und Tagungen.

Die Aufgaben der Behörde sind im Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz vom 10. Oktober 2017 festgeschrieben.<sup>1</sup>

Das Team des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten (BAB) berät Bürgerinnen und Bürger in Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie informieren und unterstützen bei Fragen zur Rehabilitation und zu Entschädigungs- und Hilfsleistungen, zum Beispiel in Fällen politisch motivierter Haft, bei verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden oder bei Benachteiligung in der beruflichen Entwicklung. Dabei arbeiten sie mit anderen Berliner Beratungsstellen zusammen. Menschen, die Einsicht in ihre Stasi-Unterlagen nehmen wollen, können beim BAB Unterstützung bei der Antragstellung erhalten. Vor und nach der Akteneinsicht bieten sie psychosoziale Beratung an. Das BAB-Team berät auch öffentliche Stellen zum Umgang mit ehemaligen Funktionsträgern der DDR.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Quelle: <https://www.berlin.de/aufarbeitung/ueber-uns/>

<sup>2</sup> Quelle: BAB-Infolyer „Beraten. Fördern. Aufklären.“



### Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin  
Montag – Donnerstag: 9 – 15 Uhr  
Freitag: 9 – 14 Uhr

Telefon (030) 24 07 92 - 0  
info@aufarbeitung-berlin.de  
[www.aufarbeitung-berlin.de](http://www.aufarbeitung-berlin.de)

## Sechster Runder Tisch mit den SED-Opferverbänden

# Verbesserungen für SED-Opfer im Mittelpunkt

Im Anschluss an den Beratungstag und im Vorfeld des sechsten Runden Tisches mit den SED-Opferverbänden fand am 15. November eine Ausstellungseröffnung mit Werken des Künstlers Gino Kuhn statt.



Heiko Hendriks begrüßt die Teilnehmenden zum Runden Tisch

**D**er aus Westdeutschland stammende Gino Kuhn wurde als 20-Jähriger wegen Fluchthilfe in der DDR zu sechs Jahren Haft wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“ verurteilt und nach zweieinhalb Jahren von der Bundesrepublik freigekauft. In seinen Werken setzt er sich bis heute eindringlich mit seinen Hafterlebnissen in der DDR und der Verfolgung durch die Staatssicherheit auseinander.

### Sechster Runder Tisch

Nach der Ausstellungseröffnung wurde der sechste „Runde Tisch“ unter Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der in NRW ansässigen SED-Opferverbände sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksregierungen unter der Leitung des Beauftragten der Landesregierung NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen,

Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, durchgeführt.

Nach einleitenden Worten von Heiko Hendriks begrüßte auch Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In seinem kurzen Grußwort erinnerte Halder, dass vor rund 75 Jahren nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern am 7. Oktober 1949 auch die DDR gegründet wurde. Er thematisierte die verschiedenen Medienveröffentlichungen zum Gründungstag der DDR und kritisierte u.a. die Unbedarftheit, mit der die Medien auf die Gründung des Unrechtsstaats eingingen.

Ein weiteres Grußwort hielt Felix-Heinz Holtschke, der Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) in Nordrhein-Westfalen, der →

## Gino Kuhn

... wurde am **11.8.1955** in Walldürn (Baden-Württemberg) geboren. Nach Besuch der HauptRealschule und Abschluss der Berufsfachschule folgte eine zweijährige Ausbildung zum Fernmeldehandwerker bei der Deutschen Bundespost.



**1974-1975 zog Kuhn nach Berlin-West** und hatte die erste direkte Konfrontation mit dem geteilten Deutschland, der geteilten Stadt und der Berliner Mauer. Kuhn nahm Kontakt zu einer Fluchthelferorganisation auf, für die er als aktiver Fluchthelfer für ausreisewillige Bürger tätig war.

**Am 23.10.1975** wurde er während einer Fluchthilfeaktion mit drei DDR Bürgern im Kofferraum eines Pkw nach einem Verrat am Grenzübergang Wartha-Herleshausen vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) verhaftet.

Nach einer Untersuchungshaft in Erfurt, Cottbus und anschließend in der zentralen Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS der DDR in Berlin-Hohenschönhausen wurde er am **08.08.1976** vom Bezirksgericht Cottbus wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“ zu sechs Jahren Haft verurteilt und danach in die Haftanstalt BerlinRummelsburg überführt.

**Am 10.2.1978** wurde Gino Kuhn nach zweieinhalb Jahren Haft von der Bundesrepublik freigekauft. 1978 fertigt er in Walldürn erste Skizzen und Bilder seiner Hafterfahrung als Autodidakt an.

**1980-1982 absolviert er eine Ausbildung** zum Hoch-Bauzeichner in Mosbach bei Heilbronn. Nach einer Tätigkeit in einem Architekturbüro führte er seit 1986 bis 2004 ein eigenständiges freischaffendes Planungsbüro in der Architektur mit dem Schwerpunkt „Ökologisches Bauen“. 1992 erfolgte die strafrechtliche Rehabilitierung durch das Bezirksgericht Cottbus und die Aufhebung des Hafturteils von 1976.

In seinen Bildern und Zeichnungen, die bereits in mehreren Ausstellungen gezeigt wurden, verarbeitet Kuhn seine Hafterlebnisse.

Quelle: [www.gvoon.de/gino-kuhn.html](http://www.gvoon.de/gino-kuhn.html)

deutlich machte, dass er auch kurz nach dem 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls trotz der gegenwärtigen Turbulenzen im politischen Berlin noch in der 21. Legislaturperiode eine deutliche Verbesserung der ideellen und materiellen Situation für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur erwarte.

Zum zweiten Mal war die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, besonderer Ehrengast und Referentin bei dem sechsten Runden Tisch – das erste Mal beim dritten Runden Tisch am 16. November 2021.

In ihrer Rede an die Anwesenden sagte Zupke, sie werde „[...] auch weiterhin all die Instrumente nutzen, die mir der Bundestag an die Hand gegeben hat, um auf die Belange der Opfer der SED-Diktatur aufmerksam zu machen. Das Ganze tue ich nicht allein. Sondern, so wie bisher, gemeinsam mit Ihnen allen als Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände.“ Im weiteren Austausch mit Evelyn Zupke und den Opferberatern aus Berlin hatten Vertreterinnen und Vertreter der SED-Opferverbände die Gelegenheit, ihre Anliegen und Sorgen vorzutragen und sich auszutauschen.

Heiko Hendriks dankte allen Anwesenden für ihre Teilnahme und beendete den Tag mit den Worten: „Wir alle sind aufgerufen, in den Bemühungen, das geschehene Unrecht in der zweiten deutschen Diktatur immer wieder publik zu machen, nicht nachzulassen und die Gesellschaft weiterhin für einen sachgerechten Umgang mit dem Unrechtsstaat DDR zu sensibilisieren.“

Der Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) in Nordrhein-Westfalen, Felix Holtschke,

zieht Bilanz: „Der sechste Runde Tisch beim Beauftragten der NRW Landesregierung, Heiko Hendriks, war der spannendste und umfangreichste im Vergleich zu den fünf vorher stattgefundenen: Warum? Erstmals in den alten Bundesländern fand eine Opferberatung für politisch Verfolgte in der ehemaligen DDR durch geschulte Experten aus dem Team des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hier in Düsseldorf statt! Danach die Eröffnung einer kleinen Ausstellung am Versammlungsort Gerhart-Hauptmann-Haus in der Bismarckstraße mit Malereien, Zeichnungen und Holzschnitten von Gino Kuhn, einem ehemaligen politischen Häftling in den Fängen der DDR-Staatssicherheit. Beeindruckend und ergreifend, was der Künstler während und nach der Haft in den DDR-Zuchthäusern auf seiner Staffelei zustande gebracht hat!“

Das Hauptereignis dieses Tages war jedoch der sechste Runde Tisch selbst mit betroffenen Opfern des SED-Regimes sowie verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Anerkennung von rehabilitierungsfähigen Leistungen aus den Bezirksregierungen. Im Mittelpunkt der Diskussionsrunde stand Evelyn Zupke, ihres Zeichens SED-Opferbeauftragte aus Berlin, die für diese Zusammenkunft erneut vom MKW gewonnen werden konnte, um in dieser politisch bewegten Zeit die besorgten Fragen der Opfer des SED-Regimes hinsichtlich der im Ampel-Koalitionsvertrag zugesagten ideellen und materiellen Verbesserungen für die Vorkämpfer der Wiedervereinigung zu beantworten. Trotz der gerade gescheiterten Ampel-Koalition lautet die aktuelle Zupke-Prognose: Das Glas ist halb voll und nicht halb leer für die berechtigten Forderungen der SED-Opfer bzw. ihrer Verbände! Unsere Hoffnung stirbt also zuletzt.“

Heiko Hendriks, Evelyn Zupke und Felix Holtschke im Gespräch.

Gino Kuhn stellt den Anwesenden seine Werke vor.

© Alle Fotos MKW NRW





## GESUNDHEITLICHE LANGZEITFOLGEN VON SED-UNRECHT

von **Bernhard Strauß, Jörg Frommer, Georg Schomerus (Forum Psychosozial)**

Auch weit mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR und der SED-Diktatur wirken die Folgen des erlittenen Unrechts in den Betroffenen, aber auch in der Gesellschaft nach. Insbesondere gesundheitliche Folgen haben langfristige Auswirkungen auf die Lebensqualität. Die Autorinnen und Autoren betrachten neben der Stigmatisierung Betroffener in der Öffentlichkeit auch die Auswirkungen von Stress bei nicht-strafrechtlicher Repression, die Nachwirkungen des Leistungssportsystems der DDR oder die Folgen des größten Medizinskandals der DDR-Geschichte, der Hepatitis-C-verseuchten Anti-D-Prophylaxe. Sie gehen außerdem auf den Umgang der Gesellschaft mit Betroffenen ein, beispielsweise im Beratungssektor, und stellen Konzepte zur besseren Vernetzung und Weiterbildung von Beschäftigten im Hilfesystem dar.

Psychosozial-Verlag  
ISBN/EAN: 978383793329  
200 Seiten, 27,90 Euro

## „KÖNNTEN AHNEN MANCHMAL AHNEN ...“

Wie eine Familie dem DDR-Regime die Stirn bot von **Ulrike Linke**

Anhand ihrer eigenen Familiengeschichte schildert Ulrike Linke die systematische Zersetzung einer Familie in der DDR. Die Autorin, in Zeitz in Sachsen-Anhalt aufgewachsen, erzählt, wie sie und ihre Familie statt in den Westen zu flüchten, dem DDR-Regime die Stirn bot und will damit aufzeigen, welchen Minderheiten in dieser Zeit ausgesetzt war. „Manchmal erinnert mich mein Leben an Omas Geschichten vom Krieg, von Entbehrung, von Notverkäufen, vom Mauerbau und von Isolation, und dann denke ich mir: Die Geschichte hat sich irgendwie wiederholt für mich ...“ Nach jahrzehntelangen Repressalien entschließt sie sich, mittlerweile Mutter eines kleinen Sohnes, einen Ausreiseantrag zu stellen und wird schließlich kurz vor dem Mauerfall im Juni 1989 aus der DDR ausgebürgert. Was sie und ihre Familie bis dahin ertragen musste, angefangen von der Überwachung durch die Staatssicherheit bis hin zu ungeklärten Todesfällen, beschreibt die Autorin in diesem Buch. Und der Kampf um Gerechtigkeit und Entschädigung begleitet sie und ihre Familie bis heute. Belegt wird ihr autobiografischer Zeitzeugenroman durch Fotos und Abbildungen zahlreicher Stasi-Dokumente, die ihre Familie betrafen.

Aquensis Verlag  
ISBN 978-3-95457-238-0  
148 Seiten, 12,80 Euro.



BUCHEMPFEHLUNGEN

Gastbeitrag von Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte  
beim Deutschen Bundestag

# „Die Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur ist unsere gemeinsame gesamtdeutsche Verantwortung“

**Kurz nach meiner Wahl** zur ersten Opferbeauftragten des Deutschen Bundestages vor dreieinhalb Jahren war ich zum ersten Mal auf Einladung von Heiko Hendriks, dem Beauftragten der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, zu Gast beim Runden Tisch der Opferverbände in Nordrhein-Westfalen.

Gemeinsam sprachen wir darüber, wie die Lage der ehemals politisch Verfolgten heute, insbesondere in Westdeutschland, ist. Auf der einen Seite blickten wir auf die großen Errungenschaften wie die Opferrente und die Unterstützungsleistung für die beruflich Verfolgten. Gleichzeitig sprachen wir aber auch über die großen Herausforderungen, vor denen wir heute in der Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur stehen. Wir sprachen über die soziale Lage, die bei vielen Opfern prekär ist. Darüber, dass Opfer in Westdeutschland keinen Zugang zu den Härtefallfonds der ostdeutschen Länder haben. Über den ungerechten Umgang mit DDR-Geflüchteten und Übersiedlern im heutigen Rentenrecht. Dass Opfer von Zersetzung durch die Stasi in Westberlin oder der Bundesrepublik keinen Anspruch auf Unterstützung haben. Und ganz besonders darüber, dass die

Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden nur einem Bruchteil der Opfer gelingt.

Diese Hinweise und Anregungen, die ich diesen und meinen folgenden Besuchen in NRW von den Opferverbänden aber auch von Heiko Hendriks erhalten habe, waren ganz besonders wichtig für meine Arbeit und das Werben in der Politik für eine bessere Unterstützung der Opfer von politischer Verfolgung in der SBZ und der DDR.

**Nach drei intensiven Jahren freue ich mich, dass Bundestag und Bundesrat kurz vor der Bundestagswahl einen wegweisenden Beschluss gefasst haben, der die Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur auf ein neues Fundament stellt.**

Das Gesetzespaket, welches von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP gemeinsam eingebracht und einstimmig in Bundestag und Bundesrat beschlossen wurde, umfasst eine Reihe von weitreichenden Verbesserungen für die Opfer. Hierzu gehört eine Erhöhung der Opferrente von monatlich bisher 330 auf 400 € mit einer anschließenden Dynamisierung der Leistung. Gleichzeitig ist die Opferrente zukünftig



Die SED-Opferbeauftragte Zupke bei der Vorstellung des Jahresberichts 2024. (© Soeren Stache/dpa)

nicht mehr an die Bedürftigkeit gekoppelt. Aus der Opferrente wird eine Ehrenpension. Ebenso ist eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsleistung für beruflich Verfolgte bei gleichzeitigem Verzicht auf Anrechnung von Partnereinkommen und dem Verzicht auf Absenkung der Leistung bei Renteneintritt vorgesehen. Zudem wird die Dauer der Verfolgungszeit bei beruflich Verfolgten von bisher drei auf zukünftig zwei Jahre verkürzt und somit mehr Betroffenen Zugang zu regelmäßigen Leistungen ermöglicht.

Posttraumatischen Belastungsstörung und einer nachgewiesenen Repressionserfahrung, wie politischer Haft oder Zersetzung, der ursächliche Zusammenhang als gegeben vorausgesetzt und Zugang zu Leistungen gewährt. Die Erfahrung von Unrecht und politischer Gewalt in der DDR ist keine Episode im Leben eines Menschen, nach der er auf seinen normalen Lebensweg zurückkehrt. Die gesundheitlichen Folgen begleiten viele Betroffene durch ihr gesamtes Leben. Mit dieser auf die besondere Situation der

Betroffenen zugeschnittenen Regelung, die einen absoluten Paradigmenwechsel darstellt, sorgt der Bundestag endlich für mehr Gerechtigkeit für die Opfer der SED-Diktatur.

Zudem sieht das Gesetzespaket vor, dass Personen, die außerhalb der DDR von Zer-

setzungsmaßnahmen der Staatssicherheit betroffen waren, als Opfer anerkannt werden und Zugang zu Leistungen erhalten.

Für die Opfer von Zwangsaussiedlung aus dem früheren Gebiet der innerdeutschen Grenze der →



**Mit der Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds wird nochmals deutlich, dass die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur keine ostdeutsche Angelegenheit ist. Die Opfer der politischen Verfolgung in der DDR leben in ganz Deutschland.**



Darüber hinaus führt der Deutsche Bundestag eine grundlegend neue Regelung zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden außerhalb des üblichen sozialen Entschädigungsrechts ein. Künftig wird beim Vorliegen definierter Krankheitsbilder, wie einer Angststörung oder



## DIE SED-OPFERBEAUFTRAGTE BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG, EVELYN ZUPKE

Evelyn Zupke wurde am 10. Juni 2021 in das Amt der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur gewählt.

Aufgabe der SED-Opferbeauftragten ist es, sich als Ombudsfrau für die Anliegen der Opfer der SBZ-/SED-Diktatur in Politik und Öffentlichkeit einzusetzen und zur Würdigung der Opfer des Kommunismus in Deutschland beizutragen.

Dabei berät die SED-Opferbeauftragte den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung und öffentliche Einrichtungen in allen Fragen, die die Opfer von SED-Unrecht betreffen. Außerdem unterstützt sie den Bundestag darin, die Aufmerksamkeit für die Belange der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft im europäischen und internationalen Rahmen zu stärken. Darüber hinaus arbeitet sie mit den Opferverbänden, den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Beauftragten für Ostdeutschland, der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie mit Beratungsstellen, Archiven, Gedenkstätten, Forschungsinstituten und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen.

In der Öffentlichkeit schafft die SED-Opferbeauftragte ein Bewusstsein für die unterschiedlichen biografischen Erfahrungen in der Zeit der deutschen Teilung und fördert damit die gesellschaftliche Verständigung. Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur nimmt ihre Aufgaben als parlamentarisches Hilfsorgan beim Deutschen Bundestag wahr. Sie wird für die Dauer von fünf Jahren vom Parlament gewählt und ist ihm direkt unterstellt. In ihrem Amt ist sie unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Über die aktuelle Situation der Opfer der SBZ-/SED-Diktatur legt sie dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht vor. Die Ausschüsse des Bundestages können sie beauftragen, weitere Berichte zu erarbeiten. Darüber hinaus kann die SED-Opferbeauftragte dem Parlament und seinen Ausschüssen jederzeit selbstständig Stellungnahmen vorlegen. Zur Wahrung ihrer Aufgaben kann sie außerdem an den Beratungen der Ausschüsse des Bundestages teilnehmen.

### ZUR PERSON

*Evelyn Zupke, geb. am 28. Februar 1962 in Binz, ist ausgebildete Heilerziehungspflegerin und Fachberaterin für Psychotraumatologie. Ab 2008 war sie als Sozialpädagogin in der ambulanten Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischen Erkrankungen in Hamburg tätig.*

*In den Jahren 1989 und 1990 war sie Teil des Runden Tisches in Berlin-Weißensee und engagierte sich zusätzlich in der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft.*

*Seit mehr als 20 Jahren ist Zupke als Zeitzeugin in Schulen deutschlandweit tätig. Sie ist zudem Mitglied im Beirat für den Härtefallfonds für Opfer der SED-Diktatur beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. In 2001 erhielt sie für ihr Engagement den Verdienstorden des Landes Berlin.*

#### Quellen:

<https://www.bundestag.de/parlament/sed-opferbeauftragte/amt-851790>

[https://www.bundestag.de/resource/blob/920640/d067af290ded9a69465669f23a2cf1bb/SED\\_OpfB\\_Flyer.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/920640/d067af290ded9a69465669f23a2cf1bb/SED_OpfB_Flyer.pdf)



Information zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze:  
[www.bundestag.de/parlament/sed-opferbeauftragte/informationsuebersicht-zu-den-gesetzesaenderungen-1042460](http://www.bundestag.de/parlament/sed-opferbeauftragte/informationsuebersicht-zu-den-gesetzesaenderungen-1042460)

DDR ist ein gesetzlicher Anspruch auf eine Einmalzahlung in Höhe von 7.500 € vorgesehen. Gerade hierüber freue ich mich besonders, da das Leid der Zwangsausgesiedelten uns als Gesellschaft immer wieder zeigt, wie weitreichend die Folgen von Vertreibung im Leben der Betroffenen sind. Gerade weil die Rückführung des entzogenen Eigentums in viel zu wenig Fällen zum Erfolg führte, ist es ein wichtiges Signal, dass der Bundestag das Verfolgungsschicksal der Betroffenen in besonderer Weise würdigt.

Neben der Verabschiedung des Gesetzespakets fasste der Bundestag auch einen Beschluss zur Lage der Geschädigten des staatlich organisierten Dopingsystems der DDR. Mit dem Beschluss würdigt das Parlament insbesondere auch die Arbeit der Doping-Opfer-Hilfe und hat mich als Opferbeauftragte beauftragt, dem Bundestag einen Bericht vorzulegen, der Handlungsempfehlungen aufzeigt und den Abgeordneten als Grundlage für eine Entscheidung zur besseren Unterstützung der Opfer des DDR-Zwangsdopings in der nächsten Wahlperiode dienen soll. Dieser Beschluss ist wichtig, da unser Blick als Gesellschaft viel zu häufig nur auf die Olympiasieger fällt. Das DDR-Sportsystem hat jedoch eben nicht nur Medaillen und Weltmeister produziert. Das DDR-Sportsystem ist ebenso verantwortlich für tausende Menschen, die bis heute an den körperlichen und seelischen Folgen des Zwangsdopings leiden. Daher bin ich dankbar, dass der Bundestag hier weiter an geeigneten Instrumenten zur Unterstützung arbeiten will und diesen Weg werde ich als Opferbeauftragte begleiten und Impulse geben.

Mit der Verabschiedung des Gesetzespaketes macht der Bundestag auch den Weg für die Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds für die SED-Opfer frei. Der Härtefallfonds wird bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge angesiedelt, die zukünftig den Namen „Stiftung für ehemals politisch Verfolgte“ tragen wird. Die in Bonn beheimatete Stiftung leistet seit Jahrzehnten eine hervorragende Arbeit

und ist gerade in Westdeutschland ein Anker für die Betroffenen. Ich freue mich, dass der Bundestag beim bundesweiten Härtefallfonds auf die bewährte Arbeit der Stiftung aufbaut.

Mit dem Beschluss des Gesetzes können nun neben den Bundesmitteln, auch die 6 Millionen Euro, die IKEA zur Verfügung gestellt hat, den Betroffenen zugutekommen. Mit der Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds wird nochmals deutlich, dass die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur keine ostdeutsche Angelegenheit ist. Die Opfer der politischen Verfolgung in der DDR leben in ganz Deutschland. Mit dem bundesweiten Härtefallfonds werden wir daher unserer gesamtdeutschen Verantwortung, wohnortunabhängig, gegenüber den Betroffenen in besondere Weise gerecht.

Gerade zum Beginn des Jubiläumsjahrs der Deutschen Einheit kann ich ganz deutlich sagen: Der Bundestag sieht die Opfer. Und er hat gehandelt. Dass Abgeordnete aus vier unterschiedlichen Fraktionen, Abgeordnete aus Ost- und Westdeutschland, ostdeutsche Abgeordnete, die die Diktatur selbst erlebt haben oder nach dem Ende der DDR geboren wurden, gemeinsam mit Abgeordneten aus Westdeutschland einen solchen Beschluss für die Opfer der SED-Diktatur auf den Weg bringen, diese besondere Verantwortung im Umgang mit unserer Geschichte. Das ist für mich gelebte deutsche Einheit.

Ich freue mich auf die nächsten Monate. Auf die Gespräche mit den Betroffenen darüber, wie die Gesetzesänderungen in der Praxis wirken. Gleichzeitig werde ich mich im Bundestag besonders für die Themen engagieren, wie die Renten der DDR-Flüchtlinge und Übersiedler oder die Geschädigten des DDR-Staatsdopings, bei denen weiterhin Handlungsbedarf besteht.

80. Jahrestag der Deportation:

# Würdige Gedenkfeier – Erinnerungsarbeit ohne Zeitzeugen

**Gemeinsames Erinnern an sich jährende historische Ereignisse wird aus guten Gründen Teil unserer kollektiven Verantwortung bleiben. Auch in Abwesenheit der unmittelbaren Zeitzeugen, die gesundheits- bzw. altersbedingt nicht mehr persönlich der Gedenkveranstaltung beiwohnen können; in den meisten Fällen sind sie inzwischen verstorben. So fanden sich am 18. Januar in Ulm zwar keine Zeitzeugen ein, jedoch viele ihrer Angehörigen, Kinder und Enkelkinder zum gemeinsamen Gedenken anlässlich des 80. Jahrestages der Deportation von Deutschen aus Südosteuropa zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion. Ihr zahlreiches Erscheinen und Mitwirken bereicherte die von Würde, Ernst, Solidarität, Nachdenklichkeit ge- und bestimmte Veranstaltung.**

Zur Kranzniederlegung am Auswanderer-Denkmal am Donauschwabenufer in Ulm versammelten sich an einem kalten, grauen Januartag rund 80 Menschen. In ihrer in Wechselrede vorgetragenen Begrüßung erinnerten Rainer Lehni, Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, und Peter-Dietmar Leber, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Banater Schwaben, an die Opfer von Deportation und Zwangsarbeit.

**„Oft konnten sie nur notdürftig verscharrt werden“**

Lehni, der auch Vorsitzender der Siebenbürger Sachsen in Nordrhein-Westfalen ist, führte aus: „Vor 80 Jahren wurden 70.000 deutsche Volkszugehörige mit rumänischer Staatsangehörigkeit noch während des Kriegs zur Zwangsarbeit in die damalige Sowjetunion deportiert: Banater Schwaben und Berglanddeutsche, Siebenbürger

*Viele trotzten dem kalten Wetter und nahmen an der Kranzniederlegung am Auswandererdenkmal am Donauschwabenufer in Ulm teil.*



Sachsen und Sathmarer Schwaben. Deportiert wurden auch Donauschwaben aus dem ehemaligen Jugoslawien, Deutsche aus Ungarn, Deutsche aus der Tschechoslowakei oder aus Bulgarien, insgesamt 120.000 Personen, obwohl sie alle Staatsbürger der jeweiligen Länder waren.“ Leber setzte fort: „In eiskalten Güterwaggons, oft wochenlang unterwegs, von den Familien gewaltsam getrennt wurden Frauen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, Männer im Alter zwischen 16 und 45 Jahren. Sie mussten dort unter unmenschlichen Bedingungen schwerste Arbeiten verrichten, aufbauen, was von Deutschen zerstört worden war: die meisten in Kohlengruben, in den Wäldern, in Stahl- oder Zementwerken. Schon nach einem halben Jahr waren zehn Prozent der Deportierten an Mangelernährung gestorben. Oft konnten sie nur notdürftig verscharrt werden, ohne Priester, ohne Angehörige.“ „Die Heimkehrerinnen und Heimkehrer blieben ihr Leben lang gezeichnet“, sagte Lehni, „von dem Erlebten, von dem staatlich verordneten Schweigen über dieses Unrecht“. Leber ergänzte: „Erst 1995, also 50 Jahre später, fand in München die große Gedenkveranstaltung für die Opfer der Deportation statt, organisiert von den südostdeutschen Landsmannschaften, wo über 1.000 ehemalige Deportierte oft mit ihren Familien nach München kamen, die Ausstellung über die Deportation besuchten, der Einordnung des Geschehens durch die Historiker lauschten und die offiziellen Entschuldigungen der Regierung Rumäniens hörten, warum sie als von den Sowjets besetztes Land nichts gegen die Deportation unternehmen konnte. Den Deportierten und mittlerweile



← Tiefe Zäsur in der Erinnerungskultur: Beim 70-jährigen Deportationsgedenken in Ulm standen noch Zeitzeugen auf der Bühne. 2025 sind es ihre Kinder und Enkelkinder, die ein kraftvolles Zeichen für das Wachhalten der Erinnerung an die Deportation setzen.

← Die Bundesvorsitzenden Rainer Lehni (rechts) und Peter-Dietmar Leber begrüßten die Ehrengäste und das zahlreiche Publikum zur Gedenkfeier im Stadthaus Ulm.

deren Kindern gewährt Rumänien eine Entschädigung.“ Das Erinnern an die Deportation als Mahnung und Verpflichtung begreifend, appellierten die Bundesvorsitzenden Lehni und Leber gemeinsam: „unsere Stimme zu erheben, wenn Menschenrechte und Grundwerte bedroht sind, sie gelten für alle Menschen; zusammenzustehen, einer für den anderen da zu sein, im Großen wie im Kleinen; Solidarität zu üben, wie damals die Großfamilien, in deren Obhut die zurückgebliebenen kleinen Kinder geblieben waren; trotz schwerer Prüfungen mit Gottvertrauen der Zukunft begegnen“.

Nach einem geistlichen Wort durch die Pfarrer Paul Kollar und Dekan i.R. Hans-Gerhard Gross, dessen persönliche Erinnerungen an seinen Vater, der als 17-Jähriger in den Donbass verschleppt wurde und nach allem widerfahrenen Leid „keinen Hass in sich trug, im Gegenteil“, besonders berührten, legten die Bundesvorsitzenden aller südostdeutschen Landsmannschaften am Auswandererdenkmal Kränze für die Opfer der Deportation und politischen Verfolgung nieder.

### **Plädoyer für Menschenwürde, Demokratie und Toleranz**

Im Stadthaus Ulm hatten sich am Nachmittag rund 200 Veranstaltungsgäste eingefunden zur Gedenkfeier mit Grußworten von Vertretern der Politik sowie einem 90-minütigen Podiumsgespräch mit Künstlerinnen und Künstlern. Eingeladen hatten u.a. der Verband

der Siebenbürger Sachsen und die Landsmannschaft der Banater Schwaben. Die Veranstaltung mit dem Titel „Annäherungen an das Ungesagte. Die Deportation in der Kunst“ wurde vom Kulturwerk der Siebenbürger Sachsen e.V. und dem Kulturwerk der Banater Schwaben e.V. Bayern aus Mitteln des bayerischen Sozialministeriums gefördert, ferner aus Mitteln der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth. Die Moderation übernahm die Bundeskulturreferentin des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Dagmar Seck.

### **Grußwort von Heiko Hendriks**

Der Beauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Heiko Hendriks, war terminlich leider verhindert, hob aber in einem verlesenen schriftlichen Grußwort hervor, „wie wichtig es ist, die Erinnerung an die Opfer der Deportation und politischen Verfolgung wachzuhalten und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen“. Angesichts des Schwindens der Zeitzeugen brauche es „neue Formen der Erinnerung“. Die bei dieser Gedenkveranstaltung gewählte künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema könne „die nachfolgenden Generationen sensibilisieren“, zeigte sich der Vertreter Nordrhein-Westfalens, Patenland des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, überzeugt.

*Der Text ist ein Auszug aus einem Beitrag der Siebenbürgischen Zeitung von Christian Schoger (Fotos: Verband der Siebenbürger Sachsen)*

## Ausstellung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen

# „Heimat gesucht – Heimat gefunden“

VON RAINER LEHNI

Mit einem bemerkenswerten Vortrag wurde im Oktober 2024 die Ausstellung „Heimat gesucht – Heimat gefunden – Von Nordsiebenbürgen über Oberösterreich nach Nordrhein-Westfalen“ im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf eröffnet. Veranstaltet wurde die Ausstellung von der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Kooperation mit dem Gerhart-Hauptmann-Haus.

Landesvorsitzender Rainer Lehni konnte neben Landsleuten aus mehreren Kreisgruppen auch den stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden, Hans-Peter Mann, und die Vorsitzende der Deutsch-Italienischen Gesellschaft Düsseldorf, Helene Grecu, willkommen heißen. Ganz besonders begrüßte er den Referenten des Abends, Horst Göbbel, dem auch nachträglich zu seinem 80. Geburtstag gratuliert wurde. Horst Göbbel, selbst auf der Flucht in Ungarn geboren, gilt heute als profundester Kenner des Themas Evakuierung und Flucht aus Nordsiebenbürgen.

Horst Göbbel entführte das Publikum in seinem spannenden Vortrag in die Zeit vor 80 Jahren, wobei er auch die Vorgeschichte durch die Teilung Siebenbürgens 1940, die Bewunderung vieler Landsleute für Nazideutschland und die heimlichen Vorbereitungen für die Evakuierung 1944 beleuchtete. Göbbel zog auch Parallelen ins Heute gerade im Hinblick auf Konflikte wie derzeit im Nahen Osten. Diese Konflikte gehen immer einher mit Flüchtlingen, die die

ersten Opfer dieser Kriege sind. Das war vor 80 Jahren nicht anders. Die Evakuierung aus dem Nösnerland, dem Reener Ländchen und sieben südsiebenbürgischen Grenzgemeinden selbst fand im Herbst 1944 größtenteils geordnet statt. Auf dem Weg der Trecks gen Westen kamen diese nur langsam voran, das Leben ging aber auch in diesen Trecks weiter. Nach fast zwei Monaten erreichten die Evakuierten österreichisches Gebiet, das damals zum deutschen Reichsgebiet gehörte. Die fast zehnjährige Phase der ungewissen Zukunft der Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich nach dem Krieg führte dazu, dass neue Siedlungsgebiete für die dort gestrandeten Siebenbürger Sachsen gesucht wurden. Im Rahmen der Kohleaktion von 1953 siedelte ein Teil der Siebenbürger Sachsen in die Bergbaugebiete von Nordrhein-Westfalen um. Die Gründung der drei siebenbürgischen Bergmannssiedlungen in Herten, Oberhausen und Setterich führte dann zu der Übernahme der Patenschaft des Landes NRW über die Siebenbürger Sachsen in Deutschland und später zur



Zahlreiche interessierte Besucher (Bildrechte Heike Mai-Lehni)

Gründung der Siebenbürger-Sachsen-Siedlung Drabenderhöhe.

Nach einer kurzen Diskussionsrunde konnten bei einem kleinen Imbiss, u.a. mit selbst gebackenen nordsiebenbürgischen Ferdinandskräpfen, die Gespräche in kleinen Gruppen weitergeführt werden.

Die Ausstellung spannt in 31 Rollups einen historischen Bogen von der Evakuierung und Flucht aus Nordsiebenbürgen über die Zwischenstation Oberösterreich bis zur Ansiedlung in Nordrhein-Westfalen. Zudem wird auf die heutige Situation der Siebenbürger Sachsen in Nordrhein-Westfalen Bezug genommen. Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland mit ihren heute 15 aktiven Kreisgruppen werden in Wort und Bild vorgestellt. Die Erstellung der Ausstellung lag in der Verantwortung der Landeskulturreferentin Heike Mai-Lehni und wurde durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.



Horst Göbbel bei seinem Vortrag (Bildrechte Heike Mai-Lehni)

Jahresabschlussveranstaltung 2024 der  
Pommerschen Landsmannschaft NRW

# Heiko Hendriks als Gastredner bei den Pommern

„Ich freue mich, dass so viele der Einladung gefolgt sind“, begrüßte der Vorsitzende der Landesgruppe NRW e.V., Adalbert Raasch, die pommerschen Landsleute im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf. Als besonderen Gastredner hieß er Heiko Hendriks willkommen, den Beauftragten der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange deutscher Heimatvertriebener, Aussiedler und Spätaussiedler.



Heiko Hendriks bei seiner Festrede. (Bildrechte Adalbert Raasch)



Helfried Glawe berichtet von der Legende



**Wir müssen Geschichte transportieren! Nur wer  
Geschichte kennt, kann aus ihr lernen.**

HEIKO HENDRIKS



Alle von den Damen der Pommerschen Landsmannschaft (PLM) Mönchengladbach weihnachtlich geschmückten Tische waren besetzt, als Adalbert Raasch in seiner Begrüßung auf ein bewegtes Jahr zurückblickte und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vorstandsmitgliedern dankte. „Geben Sie die Geschichte und Kultur der Pommern weiter!“, appellierte er an die Gäste.

Traditionell hielt Burkhard Wruck vom Landes- und Bundesvorstand der PLM eine Andacht. Zum Thema „Übergänge“ fand er nachdenkliche Worte, die Zuversicht ausströmen sollten. „Von der Geburt bis zum Sterben ist unser ganzes Leben geprägt von Übergängen.“

Heiko Hendriks, seit 2018 Beauftragter, überbrachte die Grüße der Landesregierung und betonte gleich zu Beginn, dass das ehrenamtliche Engagement der pommerschen Landsmannschaft wichtiger denn je sei. „Wenn niemand als Zeitzeuge über Geschichte und Lebenswege redet, stirbt ein wichtiges Element der deutschen und europäischen Geschichte aus“, ermutigte er eindringlich, die Flagge der Landsmannschaften trotz aller Widrigkeiten hochzuhalten und aktiv zu bleiben.

Hendriks, selbst Jahrgang 1966, stellte fest, dass seine Generation und die folgende in der Schule sehr wenig über Flucht, Vertreibung und die Nachkriegsgeschichte erfahren habe. „Wir müssen Geschichte transportieren!“, so Hendriks. In seiner Funktion als Beauftragter setzt er sich nachdrücklich dafür ein, dass die Themen Flucht und Vertreibung sowie Nachkriegsgeschichte in den Schulen mehr zum Tragen kommen. „Nur wer Geschichte kennt, kann aus ihr lernen.“ Geschichtliche und politische Zusammenhänge müssten vermittelt werden, um Geschichtsvergessenheit und Verdrehungen entgegenzuwirken. Er führte vor Augen, dass 2024 insgesamt über zwei Millionen Menschen in NRW lebten, die Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten erlebt haben, als Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Russland oder vor dem Mauerfall aus der SBZ/DDR kamen. Auch das rechtfertige, sich mit der Geschichte zu beschäftigen.

Ein Problem sei, dass es in den Schulen Lehrpersonal brauche, das über das notwendige Wissen und Material verfüge. Ohne engagierte Lehrkräfte und auch ohne Unterstützung sei es schwer, wesentliche Inhalte zu vermitteln. Bei Vertretern der Bundesregierung habe man hier und da aber leider den Eindruck, dass durch die Streichung von Finanzmitteln bestimmte historische Ereignisse nicht mehr vermittelt werden sollen. In NRW



Heiko Hendriks (re.) im Gespräch mit Adalbert Raasch (Alle Bilder: PLM)

dagegen gebe es keine Mittelkürzungen bei diesen Themen. Inzwischen gebe es sogar wieder einen Lehrstuhl an der Universität Bochum, der sich mit diesem Thema beschäftige. In seinem interessanten Vortrag sprach Hendriks verschiedene Bedarfe an, damit Erinnerungskultur nicht verloren gehe und beantwortete bereitwillig Fragen der Gäste. Als Geschenk überreichte ihm Detlef Lindemann vom Bundes- und Landesvorstand eine Flasche des bei den Pommern wohlbekannten Likörs Schitlot-Em. Nach dem leckeren Gänsebratenessen wurden die Gäste auf die Advents- und Weihnachtszeit eingestimmt. Die Sopranistin Isabelle Kusari, begleitet am Klavier von Jun Zhao, gestaltete den Nachmittag musikalisch, nahm die Gäste mit auf eine Reise durch das geliebte Pommern und trug bekannte Weihnachtslieder vor, die zum Mitsingen einluden.

Helfried Glawe erzählte anschaulich die Legende, wie die Christrose nach Pommern kam. Dazu hatte er aus Seidenpapier gebastelte Christrosen zur Dekoration auf die Tische gestellt. Eine natürlich erblühte Christrose wurde Ulla Raasch mit Dank für ihre Arbeit überreicht. Um die Christrose und den Winter in Pommern kreisten auch die Vorträge von Wilfriede Wolf und Martina Peters von der PLM Mönchengladbach, so manche Gedanken schweiften dabei zurück in die alte Heimat und riefen Erinnerungen wach an verschneite Winter, Weihnachtsfeste in Pommern und die beliebten Verwandtenbesuche am dritten Weihnachtstag. Die Landesfrauenreferentin Marion Fürstenberg blickte nach besinnlichen Worten zur Advents- und Weihnachtszeit mit dem Wunsch nach Gesundheit und Frieden auf das neue Jahr 2025.

In seinen Abschlussworten dankte der Bundes- und Landesvorsitzende Adalbert Raasch den Gästen für ihr Kommen und allen Mitwirkenden für die Gestaltung der Jahresabschlussveranstaltung, die erneut zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls beitrug. Er dankte auch für den Einsatz für Pommern und richtete seinen Blick in die Zukunft: „Die Weihnachtszeit ist ein Stern, der in die Zukunft weist. Richten wir unseren Blick in die Zukunft!“



## „OSTWIND ERZÄHLE“

von Wilhelm Mahn

**Der Verfasser des Buches „Ostwind erzähle“, dessen Familie seit vielen Generationen im Kreis Stolp / Provinz Pommern beheimatet war, schaut bei seiner Erzählung auf den Kriegs- und Nachkriegszeitraum 1944 – 1957 zurück.**

Er beschreibt Lebensabschnitte einer Familie und von Zeitzeugen, die Zeugnis über das Schicksal vieler Vertriebener aus den östlichen deutschen Provinzen dokumentiert.

Der Leser des Buches wird in eine Zeit versetzt, die vielen in unserer heutigen Gesellschaft unbekannt ist. Er schildert in sehr anschaulicher Weise Ereignisse, die bei den Kriegshandlungen und in den Nachkriegsjahren seiner Familie oder den Menschen in den Dörfern seines Lebensbereiches auferlegt wurden. Die Verhinderung der rechtzeitigen Flucht vor der herannahenden Roten Armee durch das NS-Regime, die missglückte Flucht zu den Häfen an der Ostsee. Vertreibung, Mord, Misshandlung, Verschleppung, Zwangsarbeit, Mangelernährung, kaum ärztliche Versorgung, um nur einige zu nennen, waren in den Jahren nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht und der Besetzung seiner Heimat Pommern durch die Sowjetunion und Polen an der Tagesordnung. In mehreren Dörfern unter russischer Verwaltung wurden die Menschen zur Zwangsarbeit verpflichtet. Nur nicht einsatzfähige Bewohnerinnen und Bewohner wurden den Polen zur

Vertreibung übergeben. Er schildert aber auch die menschlichen Kontakte zwischen den Besatzern und der deutschen Bevölkerung. Sein versteckter Humor lässt einzelne Episoden von einer anderen Seite betrachten. Nach fünf Jahren russischer Verwaltung wurden die „deutschen Dörfer“ der polnischen Verwaltung übergeben. Damit entstand ein sich langsam „normalisierendes Leben“ auf einem niedrigen Niveau. Nach fünf Jahren ohne Schulunterricht wurde eine deutschsprachige polnische Grundschule eröffnet. Die deutsche Bevölkerung besann sich ihrer Traditionen und pflegte diese mit den Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung standen. Der Autor schildert in anschaulicher Weise den Verlauf der Jahreszeiten in seiner Heimat mit den Belastungen, aber auch mit den Erfolgen und den Feiern in christlicher Hinsicht und alter Tradition. Man erkennt in seinen Zeilen die Liebe zu seiner Heimat, aber auch das Verlangen der Menschen, sich dem Machtbereich der kommunistischen Diktatur nicht unterzuordnen. Große Bemühungen über Jahre, die Heimat zu verlassen, wurden von der polnischen Verwaltung unterbunden. Durch die diplomatischen Bemühungen des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland wurde schließlich die Tür zur Ausreise langsam geöffnet. 1957 verließ die Familie ihre Heimat Pommern und erarbeitete sich ihr neues Zuhause am linken Niederrhein. Die Treue zu ihrer Heimat trug und trägt sie in ihrem Herzen. Wilhelm Mahn lebt heute in Mönchengladbach am Niederrhein.



Wilhelm Mahn

Ostwind erzähle

epubli Verlag  
ISBN: 9783758423659  
200 Seiten, 15,80 €

ADALBERT RAASCH



## DER BUND DER VERTRIEBENEN (BDV) IN NORDRHEIN-WESTFALEN TRAUERT UM SEINEN EHRENVORSITZENDEN

**Der Landesverband Nordrhein-Westfalen trauert um seinen Ehrenvorsitzenden und langjährigen Landesvorsitzenden Hans-Günther Parplies. Geboren am 26. April 1933 in Marienburg / Westpreußen, musste auch er als 12-Jähriger das grausame Schicksal der Vertreibung erleben. Seiner ersten Heimat blieb er Zeit seines Lebens treu und war ihr bis zu seinem Tod am 15. Januar 2025 tief verbunden.**

**Der Jurist Parplies** zeigte immer einen klaren Sachverstand für die Anliegen der Vertriebenen. Seine besondere Arbeit galt der ostdeutschen Kultur, die Deutschland wesentlich mitgestaltet hat. Für dieses Erbe wirkte er auf verschiedenen Feldern und in verschiedenen Funktionen. Ihn zog es nicht zu einer juristischen Karriere, sondern zu der Arbeit für die Heimat.

So folgte er dem Ruf seines ostpreußischen Landsmannes und studentischen Bundesbruders, dem BdV-Präsidenten und SPD Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs in die Bundesgeschäftsstelle, wo er die Studiengruppe für Politik und Völkerrecht aufbaute.

Schnell gewann Parplies durch sein Wirken Ansehen und erhielt viele Ehrungen, so den Marienburg-Preis der Landsmannschaft Westpreußen, das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen, die Goldene Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen, die Wenzel-Jaksch-Medaille des BdV und den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Ehrungen waren auch eine Anerkennung seiner herausragenden Funktion, die er innerhalb unseres Verbandes innehatte. Er war Kreisvorsitzender in Bonn, für 25 Jahre Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und Vizepräsident im BdV-Präsidium. Als Hans-Günther Parplies am 9. April 2016 abtrat, waren zu seinen Ehren die amtierende Ministerpräsidentin der SPD, Hannelore Kraft und der Oppositionsführer der CDU, Armin Laschet, zu Grußworten erschienen. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (MdB) hielt die Festrede.

Hervorzuheben ist in jedem Fall seine besondere Beziehung zu Göttingen, an deren Universität er die größte Zeit studiert hatte. Hier hatte er auch seine Ehefrau Brigitte kennengelernt, die er 1962 heiratete. Wir wissen, welche schwere Zeit Frau Parplies durchstehen muss. Wir können ihr den Schmerz nicht nehmen, aber sie soll wissen, dass wir in Gedanken bei ihr sind und das Andenken an ihren Ehemann stets in Ehren halten, denn er hat sich für unsere Heimat in höchstem Maße verdient gemacht.

*Presseerklärung des BdV NRW*

# CHRONIK DES NRW LANDES- BEIRATS FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUSSIEDLERFRAGEN

## SCHWIERIGE RÜCKKEHR DER AUSSIEDLER (1988-2005)

**Während der großen Vertreibungsaktionen** in Osteuropa Ende der 1940er-Jahre wurde ein allerdings insgesamt relativ kleiner Teil der bisherigen deutschen Bevölkerung aus unterschiedlichen Gründen von den verantwortlichen Regierungen an der Ausreise gehindert. Diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass einige hunderttausend Deutsche in den betroffenen Gebieten verblieben, die in der Folgezeit vielfach rechtlich benachteiligt wurden, bis hin zum Verbot der Benutzung der eigenen Muttersprache und der Pflege der kulturellen Eigenart. Dies bewirkte bei vielen Angehörigen dieser deutschen Minderheiten den Wunsch nach einer Ausreise in die Bundesrepublik. In den Fünfzigerjahren verhandelten Bundesregierung und das Deutsche Rote Kreuz mit den Regierungen der sogenannten Ostblockstaaten und erreichten, dass ab 1956 der Eisernen Vorhang für diese Deutschen durchlässiger wurde. Diese Gruppe, deren Status als Deutsche durch den Artikel 116 des Grundgesetzes geschützt war, wurde als Aussiedler bezeichnet.

Von den Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen unterschieden sich die Aussiedler in mancherlei Hinsicht. Ursache ihrer spezifischen Probleme war die Zwangsassimilierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Ostmitteleuropa. Diese bewirkte, dass insbesondere viele jugendliche Aussiedler der deutschen Sprache bald nicht mehr mächtig waren und oftmals auch die Namen der Betroffenen

### GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDES- REPUBLIK DEUTSCHLAND VOM 23. MAI 1949, ART. 116

**(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes** ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

**(2) Frühere deutsche Staatsangehörige,** denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

„entdeutsch“ waren. Von der ersten Aussiedlung an trafen Neuankömmlinge mit oftmals slawisch klingenden Namen und mangelnden Deutschkenntnissen auf die Skepsis und Ablehnung einer westdeutschen Gesellschaft, deren Abneigung gegen die östlichen europäischen Staaten – allen voran gegen die Sowjetunion – als Spätfolge des Weltkrieges und als Begleiterscheinung des Kalten Krieges tief saß.

### Vor der Wende 1989/90

Entsprechend seinem Selbstverständnis, sich um alle deutschen Flüchtlinge zu kümmern, nahm sich der Landesbeirat auch der Aussiedler an. Vielfach überschritten sich – allen Besonderheiten zum Trotz – deren Bedürfnisse mit denen der Vertriebenen und der DDR-Flüchtlinge, etwa wenn es um Wohnungsprobleme oder den Lastenausgleich ging. Daher war es zunächst der Sozial- bzw. der Sozial- und Wohnungsbauausschuss, der sich der Aussiedler besonders annahm. Je mehr die Integration der Altvertriebenen voranschritt, desto mehr verschoben sich die Gewichte der Beiratsarbeit aufgrund des Eintreffens immer neuer Aussiedler auf diese Gruppe. In den frühen Achtzigerjahren war das Thema bereits ein Schwerpunkt der Beiratsarbeit, auch wenn die gesamtdeutsche Kulturarbeit noch im Vordergrund stand. In der Amtsperiode von 1985 bis 1991 rückte die Aussiedlerthematik dann in eine mindestens gleichrangige Stellung. In der ersten Sitzung des neuen Beirates von 1985 beschloss man eine weitere

Reform des Ausschusswesens. Von nun an sollte es neben dem Geschäftsführenden Ausschuss nur noch drei Ausschüsse geben. Beibehalten wurden der Landwirtschaftsausschuss – diesem Dauerthema widmete sich in führender Funktion Horst Hofe-richter – und der Kulturausschuss unter Friedrich-Carl Schultze-Rhonhof. Die Ausschüsse, die sich der wirtschaftlichen und sozialen Hilfestellung widmeten, wurden ein weiteres Mal zusammengefasst. Neuankömmlinge im Westen und deren Probleme sollten nun umfassend vom neuen Eingliederungsausschuss betreut werden, dessen Vorsitzender Walter Haack wurde. Dank der gelungenen Integration der Altvertriebenen bildeten insbesondere die Flüchtlinge aus der DDR und die Aussiedler aus Osteuropa die Klientel des Eingliederungsausschusses. Zunächst lag der Schwerpunkt der Arbeit in der Sprachförderung, welche nicht nur der nordrhein-westfälische Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) für unzureichend hielt:

***Wir halten die sprachliche und berufliche Förderung der Aussiedler [...] für im hohen Maße unzureichend. Wir fordern seit langem vor allem vernünftige Förderungszeiträume, die heute viel zu kurz bemessen sind.***

### Steigende Aussiedlerzahlen

Auch der Landesbeirat forderte die Verlängerung der Sprachkurse für Aussiedler von acht Monaten auf →



Foto: Landesstelle  
Unna-Massen

mindestens zehn, Heinemann nannte als Ziel sogar zwölf Monate. Doch es blieb nicht beim Sprachproblem: Als die politische Wende in Osteuropa am Ende der Achtzigerjahre auch die Ausreisebestimmungen erfasste, kam es zu einem dramatischen Anstieg der Aussiedler- und Übersiedlerzahlen. Nachdem 1987 noch 26.002 Aussiedler nach Nordrhein-Westfalen gekommen waren – was bereits eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr bedeutete – kam es ab 1988 zu einem regelrechten Ansturm der Aussiedler. 84.371 Aussiedlern von 1988 folgten ein Jahr später gar 128.968 Aussiedler. Durch den Zerfall des SED-Regimes in der DDR gesellten sich 1989 weitere 63.709 (im Vergleich zu 6.982 im Vorjahr) Umsiedler hinzu. Damit siedelten 1989 insgesamt fast 200.000 Menschen nach Nordrhein-Westfalen über, was eine Steigerung von über 100 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete.

Dieser dramatische Anstieg der Aussiedler- und Übersiedlerzahlen führte dazu, dass die Probleme der Aufnahme und Unterbringung in den Mittelpunkt der Beiratsarbeit rückten. Bereits ab Ende 1987 waren die Grenzdurchgangslager überlastet und sahen sich nicht mehr zur Aufnahme und Registrierung der in den Westen strömenden Menschen in der Lage. Als Reaktion darauf vereinbarten die Länder, diese Aufgabe direkt den Gemeinden zu übertragen, doch auch die Kommunen waren damit oftmals überfordert, weswegen es zu erheblichen Verzögerungen kam. Wichtige Eingliederungshilfen, wie beispielsweise die Sprachkurse, verzögerten sich entsprechend, was der Integration der Neuankömmlinge nachhaltig schadete. Der Landesbeirat setzte sich deshalb dafür ein, dieses Verfahren wieder zu zentralisieren, und schlug die Landesstelle Unna-Massen für ein landeseinheitliches Feststellungsverfahren vor. Dieser Vorschlag stieß bei Minister Heinemann, der in dieser Angelegenheit weiterhin die Kommunen in der Pflicht sah, zunächst ebenso auf Ablehnung wie eine andere Frage: Die Vollversammlung des Landesbeirates von 1989 hatte beschlossen, dass Kommunen auch Aussiedler ohne Registrationschein vorläufig unterbringen sollten. Oftmals handelte es sich dabei durchaus um berechtigte Antragssteller, die alleine wegen der Überbelastung der Behörden lange Zeit nicht als Aussiedler anerkannt wurden. Mit dem Hinweis, dass das Landesaufnahmegesetz es ihm nicht ermögliche, den Kommunen eine derartige Anweisung zu erteilen,

wies Heinemann diesen Antrag zurück. Positive Resonanz bekam der Beirat hingegen für seine Forderung nach einer Erweiterung der Wohnraumkapazitäten: Bereits im Frühjahr 1988 investierte das Land 2 Millionen DM für die Herrichtung von Übergangwohnheimen, im Herbst desselben Jahres folgte ein Sofortprogramm für insgesamt 9.000 neue Wohnungen. Ab 1990 wurde Unna-Massen dann doch zum zentralen Aufnahmeort für Aussiedler bestimmt.

Bereits 1988 wurde auf Bundesebene eine Instanz geschaffen, die sich um die zahlreichen Spätaussiedler aus Osteuropa kümmern sollte, der „Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen“, kurz: „Bundesaussiedlerbeauftragter“. Als Glücksfall für den Landesbeirat erwies sich die Besetzung dieses im Bundesinnenministerium angesiedelten Aufgabenbereiches mit dem nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten Horst Waffenschmidt (CDU). Mit dem Staatssekretär a.D. aus dem Oberbergischen Kreis pflegte der Beirat eine vertrauensvolle und intensive Zusammenarbeit, die dazu beitrug, dass es der Bundesrepublik gelang, die hohe Zahl der Spätaussiedler zu bewältigen und die Eingliederung der Deutschstämmigen aus dem Osten einzuleiten.

### **Nach der Wiedervereinigung**

Die grundlegenden Umwälzungen in Deutschland und Osteuropa in den Jahren 1989/90 schufen auch für das Flüchtlings- und Kriegsfolgerecht, auf dem die Beiratsarbeit letztlich aufbaute, völlig neue Voraussetzungen. Schnell setzte sich die Erkenntnis durch, dass hier eine Reform notwendig sei. Welcher Art diese jedoch sein sollte, darüber schieden sich die Geister im wiedervereinigten Deutschland. Während SPD und Grüne auf ein Kriegsfolgenabschlussgesetz abzielten, das die Deutschstämmigen aus Osteuropa letztlich mit Einwanderern gleichgesetzt hätte, trat die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP für eine Beibehaltung der bisherigen Differenzierung ein. Hintergrund dieser Auseinandersetzung war der theoretische Gegensatz zwischen dem von der politischen Linken favorisierten Geburtenrecht bei der Staatsangehörigkeit und dem traditionellen deutschen Abstammungsrecht, an dem die bürgerlichen Parteien festhalten wollten. Die Befürworter einer Einschränkung des Abstammungsrechtes



Foto:  
Landesstelle Unna-Massen

argumentierten, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Liberalisierung in Osteuropa einerseits keine Diskriminierungen für Deutschstämmige mehr zu erwarten seien und dass andererseits der gewaltige Zustrom von Aussiedlern mit mangelnden Sprachkenntnissen und anderen Integrationshemmnissen nicht mehr zu bewältigen sei.

Der Landesbeirat befand sich in einer ähnlich ambivalenten Lage wie bei der Diskussion um die neue Ostpolitik: Als beratendes Organ der SPD-geführten Landesregierung stand er inhaltlich eher der Opposition im Lande nahe. Das wurde insbesondere auf einer Arbeitstagung im November 1991 deutlich, bei der Mitglieder von Bundes- und Landesregierung ihre Positionen vortrugen. Helmut Harbich betonte in seiner Zusammenfassung der Tagungsergebnisse, dass es um Schicksale von Menschen, die viel erlitten hätten, deren Rechtsempfinden beschädigt worden sei, gehe. Er habe daher klare Aussagen darüber vermisst, dass die Kriegsfolgen heute noch bestehen. Es dürfe keine Entsolidarisierung und keine neuen Härten und Ungerechtigkeiten gegenüber den deutschen Kriegsopfern geben. Harbich plädierte daher im Namen des Landesbeirates für ein Kriegsfolgenbereinigungs- und gegen das von der Landesregierung angestrebte Kriegsfolgenabschlussgesetz.

Ergebnis der Auseinandersetzungen über das Kriegsfolgenrecht war ein Kompromiss zwischen der CDU-geführten Bundesregierung unter Helmut Kohl und der oppositionellen SPD. Das BVFG wurde im Rahmen eines Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes geändert, wodurch der Status der Aussiedler als neben Flüchtlingen und Vertriebenen drittem Teil der Heimatvertriebenen zur Jahreswende 1992/93 auslief. Mit dem 1. Januar 1993 wurde stattdessen die Kategorie Spätaussiedler eingeführt, was eine Zwischenstufe auf dem Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit intendierte. Spätaussiedler waren demnach zwar Deutsche gemäß Artikel 116 Grundgesetz, mussten aber die deutsche Staatsangehörigkeit erst noch erlangen, während Aussiedler diese noch automatisch innehatten. Zudem gab es weitere Einschränkungen: Der Zuzug von Spätaussiedlern wurde auf jährlich höchstens 220.000 begrenzt; Deutschstämmige außerhalb der ehemaligen Sowjetunion mussten individuell nachweisen, dass sie wegen ihres Deutschtums benachteiligt worden seien, um als Spätaussiedler aufgenommen zu werden. Für die Russlanddeutschen allerdings blieb die Tür sehr weit geöffnet: Abkömmlinge, Ehegatten und sonstige Familienangehörige durften nicht nur mit einreisen, man forderte von ihnen auch keine Sprachtests, während diese den eigentlichen Spätaussiedlern als Beleg ihres Bekenntnisses zum →

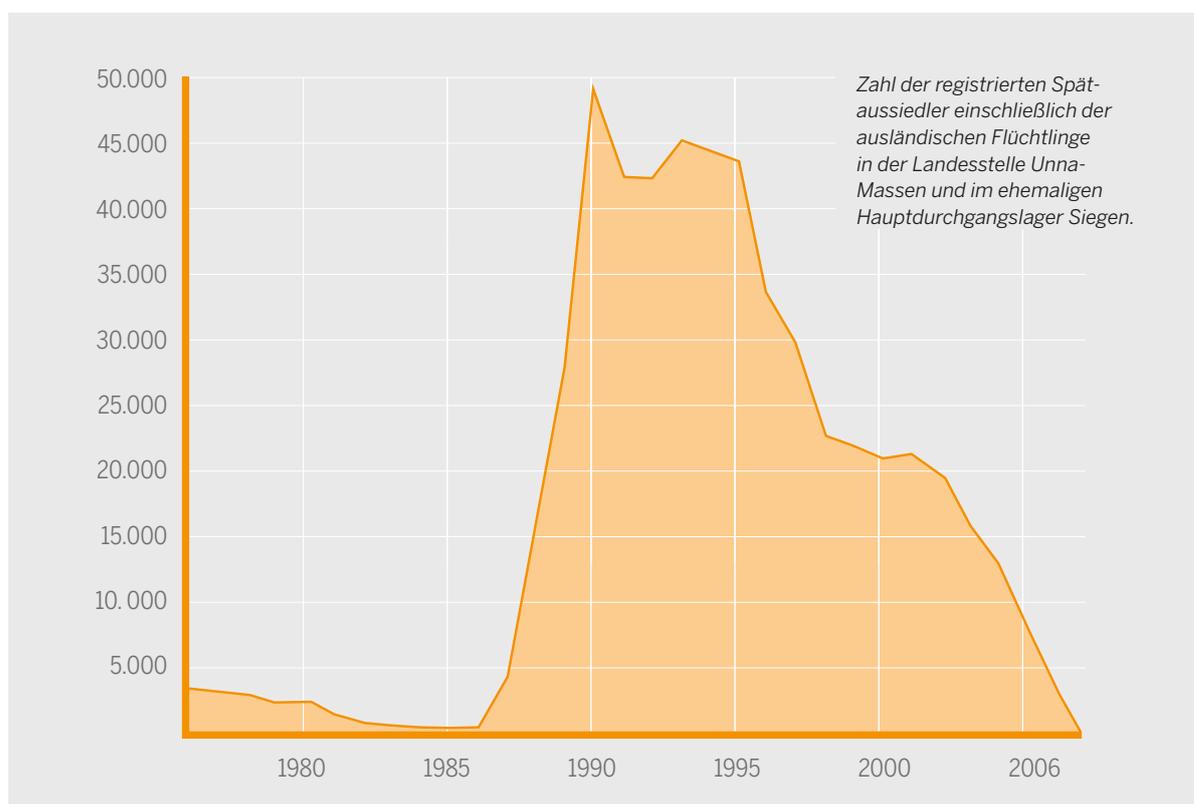
deutschen Volkstum abverlangt wurden. Als Folge dieser fragwürdigen Diskrepanz entstanden in vielen Städten „Parallelgesellschaften“ mit russisch sprechenden Familien. Diese undurchdachte Regelung, die bis zum Zuwanderungsgesetz von 2005 galt, verstärkte die oben skizzierten Akzeptanzprobleme der Spätaussiedler und ihr Erscheinungsbild in der Bevölkerung als „Russen“.

Nicht allein die Kriegsfolgengesetzgebung stand in diesen Jahren in der Kritik des Landesbeirates. Ähnlich wie nach dem Abschluss der Verträge mit der Sowjetunion und Polen im Rahmen der neuen Ostpolitik taten sich viele Vertriebene schwer damit, den Zwei-Plus-Vier-Vertrag und den deutsch-polnischen Grenzvertrag (beide 1990) inhaltlich voll und ganz zu akzeptieren. Diese beinhalteten die völkerrechtlich endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze entlang von Oder und Lausitzer Neiße und beendeten die formale Offenheit der Grenzfrage, die noch die Ostverträge vom Beginn der 1970er-Jahre zugelassen hatten.

Es folgten in der Kulturarbeit, die nun zwangsläufig den Kern der Vertriebenenpolitik darstellte, nach einzelnen Erfolgen immer wieder Rückschläge. Beispielsweise wurde ein Lehrstuhl zur Geschichte der

Deutschen im östlichen Europa an der Universität Düsseldorf eingerichtet, im Laufe der Zeit aber die Forschungsstelle Ostmitteleuropa in Dortmund immer weiter abgebaut und schließlich sogar abgeschafft. Die von der Landesregierung angestrebte grenzüberschreitende Kulturarbeit, die den demokratischen Reformen in Osteuropa Rechnung tragen sollte, wurde zwar auch vom Beirat begrüßt. Mit Sorge beobachtete man allerdings die Tendenz, dass dieser neue Ansatz auf Kosten der Inlandsförderung ging. Zum einen wurden die für die Inlandsförderung zur Verfügung stehenden Mittel nach Paragraph 96 BVFG kontinuierlich abgebaut, zum anderen traditionelle Vertriebenen-Kulturprojekte wie der Schülerwettbewerb gemäß der neuen Leitlinie unter dem Konzept „Begegnung mit Osteuropa“ umdefiniert. Das Landesaufnahmegesetz wurde Ende 1994 in der Weise geändert, dass es gegen den Willen des Landesbeirates keine kommunalen Beiräte mehr vorschrieb und es den Bezirksregierungen freistellte, ob sie weiterhin Beiräte bilden wollten.

Mit der Neubildung zur Legislaturperiode 1995–2000 begann somit für den Landesbeirat eine neue Ära ohne flächendeckende regionale Verankerung, ohne den nicht mehr fortgeführten Landwirtschaftsausschuss und bald auch ohne Walter



Nowoczin: Aus gesundheitlichen Gründen trat der Hagener nach langjährigem Wirken in verschiedenen Beiratsfunktionen bei der Vollversammlung am 21. Mai 1997 vom Amt des Vorsitzenden zurück. Den Vorsitz des Landesbeirates übernahm daraufhin Dieter Lohmeyer aus Bochum. Mit dem seit 1995 im Landesbeirat tätigen Pfarrer wurden die Weichen endgültig neu gestellt, denn Lohmeyer personifizierte die Umorientierung, die sich bereits in den Jahren seit der Wende abgezeichnet und seither verstärkt hatte, kam er doch nicht aus der klassischen Vertriebenenarbeit, sondern war von 1980 bis 1995 Geschäftsführer der Evangelischen Stiftung Ludwig-Steil-Hof in Espelkamp gewesen. Es war maßgeblich seinem dortigen Engagement zu verdanken, dass der Ludwig-Steil-Hof zu einem Zentrum der Integration wurde, das jugendlichen Spätaussiedlern mithilfe von Sprachunterricht und Berufsbildungsangeboten eine Eingliederung in die deutsche Gesellschaft ermöglichte. Als Vorsitzender konzentrierte Lohmeyer dementsprechend die Beiratsarbeit mehr denn je auf die Integration von Spätaussiedlern. Die Spätaussiedler stellten spätestens jetzt die zentrale Herausforderung der Integrationsarbeit Deutschstämmiger aus dem Osten dar. Bereits die Arbeitsschwerpunkte der späten Neunzigerjahre verdeutlichen dies. So waren beispielsweise fünf von den sieben Schwerpunkten des Jahres 1998 reine Spätaussiedlerthemen, von der Aufnahme und Anerkennung über die Unterbringung und wohnungsmäßige Versorgung bis hin zur sprachlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration.

Lohmeyer schuf mit dieser Neuausrichtung die Basis für die Beiratsarbeit der kommenden Jahre und machte das Gremium zukunftsfähig. Sein besonderes Augenmerk lag auf der regionalen Verankerung der Beiratsarbeit. Für seine Amtszeit typisch wurden die Regionalkonferenzen des Beirates, mit denen er im Integrationsbereich Tätige und Spätaussiedler in den Kommunen des Landes stärker vernetzen wollte.

Der Regierungswechsel im Bund 1998 brachte auch für den Landesbeirat eine Veränderung. Nach zehn Jahren trat Horst Waffenschmidt (CDU) als Bundesaussiedlerbeauftragter ab. Auch sein sozialdemokratischer Nachfolger Jochen Welt kam aus Nordrhein-Westfalen. Mit dem Essener wurde die bewährte Kooperation der Ära Waffenschmidt fortgeführt. Als Jochen Welt sich 2004 aus dem Bundestag

zurückzog, folgte mit Hans-Peter Kemper (SPD) aus dem Münsterland ein weiterer nordrhein-westfälischer Politiker.

Auch die Kulturarbeit des Beirates galt verstärkt den Aussiedlern. Themen waren hier etwa eine „Konzeption der kulturellen Integration der Spätaussiedler“ oder „Förderung der russlanddeutschen Kulturarbeit“. Besonderes Augenmerk bei der Integration galt der Eingliederung junger Spätaussiedler – neben diversen Fachtagungen und Sitzungen des Eingliederungsausschusses wurde das Gespräch nicht nur mit der für den Beirat zuständigen Arbeitsministerin Ilse Brusis, sondern vermehrt auch mit Schulministerin Gabriele Behler (beide SPD) gesucht. Mit den zuständigen Ressorts suchte man die beruflichen Perspektiven für russlanddeutsche Jugendliche zu verbessern.

In der Legislaturperiode zwischen 2000 und 2005 wurde der in den 1990er-Jahren eingeschlagene Weg der Beiratsarbeit fortgeführt. Vorsitzender Dieter Lohmeyer, Stellvertreter Helmut Harbich und Schriftführer Hans-Günther Parplies wurden in ihren Ämtern mit jeweils überwältigenden Mehrheiten bestätigt. Hatte es zuletzt mit dem Eingliederungsausschuss und dem Kultur- und Jugendausschuss noch zwei der zwischenzeitlich bis zu zehn Ausschüsse des Landesbeirates gegeben, entschied man sich nun auf Initiative Lohmeyers dazu, die Beiratsarbeit ohne Ausschusswesen fortzuführen. Stattdessen sollte es Arbeitsgruppen geben, die kurzfristig, zeitlich begrenzt und mit einem ganz bestimmten Auftrag gebildet werden konnten. Dem Vorstand sollten fortan anstatt der beiden Ausschussvorsitzenden zwei Beisitzer aus den Bereichen Integration (Dr. Elvira Spötter) und Kultur (Irina Brinkmann) angehören.

Inhaltlich blieben „Begegnung mit Osteuropa“ und „Integration von Spätaussiedlern“ die Schwerpunkte der Beiratsarbeit. Die als probates Mittel zur Erörterung der Spätaussiedlerthematik bewährten Fachtagungen wurden fortgeführt und ausgebaut. Thematisch ging man dabei mit der Frage „Integration von Aussiedlern und Zuwanderern durch bürgerschaftliches Engagement. Was bringt's?“ über die bisher im Vordergrund stehende sprachliche oder berufliche Eingliederung hinaus. Bezüglich des Veranstaltungsortes wurde zwischen den Regierungsbezirken rotiert, um das Thema möglichst →

flächendeckend im Land zu präsentieren. So fand die erste Tagung zum bürgerschaftlichen Engagement mit Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Stocks am 11. Oktober 2003 in Düren (Regierungsbezirk Köln) statt, es folgte am 30. April 2004 eine derartige Veranstaltung in Warendorf (Regierungsbezirk Münster), auf der Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) zum Thema sprach. Einen besonderen Höhepunkt der Tagungsreihe stellte die Mindener Tagung (Regierungsbezirk Detmold) am 19. November 2004 dar. Das geschäftsführende Mitglied für Integration der Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen, Hans Georg Crone-Erdmann, referierte auf dieser Tagung über „Integration durch Qualifikation“ und unterstrich, dass die Industrie sehr an aktiven Aussiedlern interessiert sei. Eine andere Möglichkeit zum gesellschaftlichen Engagement skizzierten die Spätaussiedler selbst, indem sie auf selbiger Tagung einen Brief („Mindener Erklärung“) an Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) formulierten, in dem sie Unterstützung und aktive Mitarbeit zum Gelingen des Zusammenwachsens der Europäischen Union nach der Osterweiterung anboten. Als messbaren Erfolg der Förderung gesellschaftlichen Engagements ihrer Klientel konnte der Beiratsvorsitzende 2005 bekannt geben, dass sich 57 Aussiedler und Spätaussiedler zur Wahl der kommunalen Integrationsräte bzw. Ausländerbeiräte gestellt hatten, von denen knapp die Hälfte gewählt wurde: 27 nordrhein-westfälische Kommunen hatten somit 2005 einen Spätaussiedler als Mitglied in diesen Gremien.

Ausgehend von seiner aktiven Rolle bei der Integration von Russlanddeutschen brachte der Landesbeirat sich auch in die kontroverse Diskussion um ein sogenanntes Zuwanderungsgesetz ein. In den Arbeitsgruppen „Empfehlungen zum

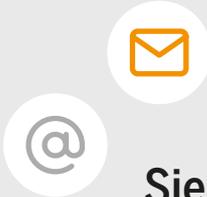
Handlungsbedarf bei der Integrationsinitiative“ und „Ausgestaltung der Sprachförderung“ arbeitete der Beirat Empfehlungen aus, die von der Landesregierung als Anträge in das Bundesratsverfahren zum Zuwanderungsgesetz eingebracht wurden. Ähnlich aktiv schaltete man sich in die Landespolitik ein, als es um grenzüberschreitende Kulturarbeit im Rahmen der EU-Osterweiterung ging. Die insbesondere von Herbert Hupka in die Vertriebenenarbeit eingebrachte Kooperation mit den polnischen Einwohnern in seiner Heimat – in Anerkennung seiner Bemühungen ernannte ihn das oberschlesische Ratibor (Racibórz), wo Hupka aufgewachsen war, zum Ehrenbürger – mündete nach anfänglichen Widerständen und Unklarheiten in einer Partnerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Wojewodschaft Schlesien, die in etwa das historische Oberschlesien ohne das Opperland umfasst. Auch hierzu gab es eine Tagung, auf der im November 2001 versucht wurde, ein gemeinsames kulturelles Erbe zu definieren. Als weitere Aktivitäten in der Legislaturperiode verwies Lohmeyer in seinem Rückblick 2005 auf die Feierstunde „50 Jahre BVFG“ im März 2003, die Mitarbeit in Kampagnen, Bündnissen und Gremien sowie die regelmäßigen Rundschreiben, die nach dem zwischenzeitlichen Ende des Wegweisers ein neues Mitteilungsorgan des Landesbeirates darstellten.

In Folge des Regierungswechsels im Frühjahr 2005 neigte sich auch die Amtszeit Dieter Lohmeyers dem Ende zu. Der neue zuständige Minister Armin Laschet (CDU) zeichnete den Pfarrer i.R. im November 2005 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. Laschet dankte Lohmeyer für sein Wirken als Lobbyist einer guten Sache, Mentor und Motor für ein gelingendes Miteinander von Einheimischen und Zuwanderern. Der Landesbeirat stand vor einem weiteren Neuanfang.

*Dieses Kapitel ist der Broschüre „60 Jahre Landesbeirat“ der Autoren Michael Weigand und Arno Barth entnommen.*



*Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Beiratsvorsitzenden Dieter Lohmeyer (links) durch den Integrationsminister Armin Laschet, 2005.*



Sie möchten das VAS-Journal kostenlos bestellen oder weitere Personen für den Verteiler vorschlagen? Dann kontaktieren Sie uns per E-Mail unter [landesbeirat@mkw.nrw.de](mailto:landesbeirat@mkw.nrw.de)

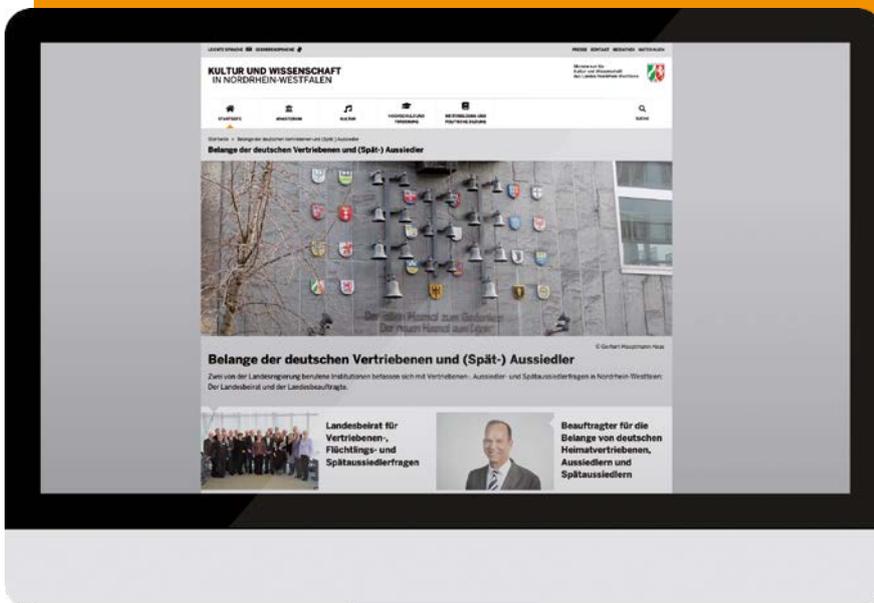


## 2 KLICKS REICHEN!

Viele Informationen rund um die Arbeit des Landesbeirats und des Beauftragten der Landesregierung gibt es auch online:

<https://www.mkw.nrw/belange-der-deutschen-vertriebenen-und-spaetaussiedler>

Dort finden Sie auch alle Ausgaben des VAS-Journals als pdf-Version.



Folgen Sie uns auch INSTAGRAM unter @VABNRW

# IMPRESSUM

## Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Büro des Landesbeauftragten und die Geschäftsstelle des Landesbeirates befinden sich im  
**RW14-Gebäude  
Völklinger Straße 4  
40219 Düsseldorf**

Die Postanschrift lautet:

**Landesbeirat  
im Ministerium für  
Kultur und Wissenschaft  
40190 Düsseldorf**

Telefon 0211 896-4874

E-Mail: [landesbeirat@mkw.nrw.de](mailto:landesbeirat@mkw.nrw.de)

[www.mkw.nrw/landesbeirat](http://www.mkw.nrw/landesbeirat)

## Redaktionsteam:

Claudia Brecht, Julia Garbar, Heiko Hendriks

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge/Artikel sind von dem Redaktionsteam verfasst worden.

**Druck:** [www.abindendruck.de](http://www.abindendruck.de)

**Gestaltung:** siebenzwoplus / Büro für Gestaltung  
Maya Hässig und Benjamin Brandt,  
Thürmchenswall 72, 50688 Köln

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:  
[landesbeirat@mkw.nrw.de](mailto:landesbeirat@mkw.nrw.de)

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer mit den Ansichten des Herausgebers. Sie dienen dem freien Meinungsaustausch der Mitglieder von Vertriebenen- und (Spät-)aussiedlerverbänden.

© MKW, Mai 2025

